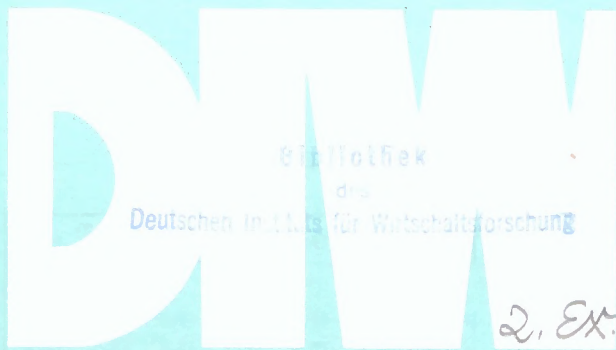




Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1984	
Westliche Industrieländer: Kein Wirtschaftsaufschwung auf breiter Front	1
Bundesrepublik Deutschland: Allmählicher Aufstieg aus der Rezession	9

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 1-2/84

Berlin

5. Januar 1984

51. Jahrgang

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1984

Westliche Industrieländer: Kein Wirtschaftsaufschwung auf breiter Front

Rückblick auf das Jahr 1983

Für die westlichen Industrieländer wurde zu Beginn des Jahres 1983 eine nur schwache wirtschaftliche Belebung prognostiziert. Diese Vorausschätzung erwies sich als zu pessimistisch. Unterschätzt wurde die Expansion vor allem in den USA. Zwar gab es keinen Zweifel, daß von der Finanzpolitik der amerikanischen Regierung weiterhin expansive Impulse ausgehen würden. Schwer vorherzusehen war jedoch das Ausmaß, in dem die Geldpolitik gelockert wurde. Das Verhalten des Federal Reserve Board in den vorangegangenen Jahren ließ nicht erwarten, daß er seine monetäre Zielvorgabe für längere Zeit beträchtlich überschreiten würde. Die Rezession im Jahre 1982, aber auch die prekäre Lage vieler Banken, die sich mit der Kreditvergabe an Entwicklungsländer zu weit vorgewagt hatten, veranlaßten den Board jedoch zu einem expansiven Vorgehen; die Geldmenge wurde bis zur Jahresmitte erheblich stärker ausgedehnt, als es der Zielvorgabe entsprach. Finanz- und Geldpolitik wirkten somit nicht gegeneinander wie 1982.

Bereits im zweiten Quartal 1983 beschleunigte sich daraufhin in den USA das Wachstum des realen Sozialprodukts beträchtlich. Zwar hat es sich in der zweiten Jahreshälfte abgeschwächt, doch ist es immer noch beachtlich. Der zunächst vor allem vom Konsum getragene Aufschwung hat rascher als erwartet auf die Ausrüstungsinvestitionen übergegriffen. Mit dem kräftigen Konjunkturaufschwung ging allerdings eine erhebliche — vor einem Jahr in diesem Ausmaß nicht vorausgeschätzte — Zunahme des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits einher.

Die Prognose für Westeuropa und für Japan war treffsicherer, denn das wirtschaftspolitische Verhalten wurde hier besser antizipiert. Es wurde richtig vorhergesehen, daß die meisten westeuropäischen Regierungen ihren finanzpolitischen Konsolidierungskurs trotz unbefriedigender Wirtschaftslage und hoher Arbeitslosigkeit fortsetzen und damit der gelockerten Geldpolitik entgegenwirken würden. Der insgesamt etwas günstigere Konjunkturverlauf in Westeuropa ist nicht zuletzt dadurch zu erklären, daß diese Lockerung der Geldpolitik im Gefolge des amerikanischen Vorgehens zunächst über das prognostizierte Maß hinausging.

So war in der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien die Expansion spürbar stärker als vorausgeschätzt. In *Großbritannien* ist dies auch darauf zurückzuführen, daß von der Finanzpolitik zunächst wieder expansive Impulse ausgingen. Der staatliche Verbrauch wie auch die staatlichen Investitionen wurden wider Erwarten im vergangenen Jahr verstärkt ausgedehnt, obwohl die Einschränkung der Staatsausgaben nach wie vor ein wichtiges Ziel der britischen Regierung ist. Darüber hinaus gewährte die Regierung im Frühjahr — allerdings nur geringfügige — Steuererleichterungen. In der Öffentlichkeit werden diese finanzpolitischen Anstöße als eine der Ursachen des beschleunigten Wachstums des Sozialprodukts häufig übersehen. Meist wird ausschließlich in der verstärkten Zunahme des privaten Verbrauchs sowie der Wohnungsbau- und Lagerinvestitionen der Auslöser gesehen.

Demgegenüber wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in *Italien* überschätzt. Bis in den Som-

Die Zahlungsbilanzen der einzelnen Wirtschaftsräume
in Mrd. US-\$ zu jeweiligen Wechselkursen

	1978	1979	1980	1981	1982 ¹⁾	1983 ²⁾	1984 ²⁾	1978	1979	1980	1981	1982 ¹⁾	1983 ²⁾	1984 ²⁾
	Westeuropäische Industrieländer ³⁾							darunter: EG						
Leistungsbilanz	+22,1	-9,1	-39,8	-10,4	-5,5	0	+3,5	+20,3	-7,2	-34,6	-11,2	-7,0	-3,5	-0,5
Handelsbilanz	+15,9	-13,6	-41,3	-6,5	+0,4	+7,5	+12	+17,1	-6,2	-28,6	-1,5	+3,8	+8,5	+12,5
Dienstleistungsbilanz	+24,9	+27,5	+27,2	+19,9	+18,3	+16	+15,5	+19,4	+19,4	+16,7	+11,6	+11,0	+9	+8,5
Übertragungsbilanz	-18,7	-23,0	-25,7	-23,8	-24,2	-23,5	-24	-16,2	-20,4	-22,7	-21,3	-21,8	-21	-21,5
Kapitalbilanz ⁷⁾	+7,1	+30,8	+59,4	-16,8	-7,5	+8	.	-1,9	+30,3	+52,2	-14,2	-7,8	+14,5	.
Langfristiger Kapitalverkehr	-15,1	-17,9	-16,6	-20,9	-32,9	-30	.	-10,5	-5,3	-4,8	-10,2	-18,2	-15	.
Kurzfrist. Kapitalverkehr 8)	+22,2	+48,7	+76,0	+4,1	+25,4	+38	.	+8,6	+35,6	+57,0	-4,0	+10,4	+29,5	.
Devisenbilanz ⁹⁾	-29,2	-21,7	-19,6	+27,2	+13,0	-8	.	-18,4	-23,1	-17,6	+25,4	+14,8	-11	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	-1,8	+3,7	+0,6	+1,8	+0,9	+0,5	.	-1,4	+3,7	+0,5	+1,4	+0,7	+0,5	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	-26,4	-24,5	-19,6	+26,1	+13,3	-7	.	-15,8	-26,1	-17,5	+24,7	+15,1	-10	.
Position b. Weltwährungsfonds 10)	-1,0	-0,9	-0,6	-0,7	-1,2	-1,5	.	-1,2	-0,7	-0,6	-0,7	-1,0	-1,5	.
	Außereuropäische Industrieländer ⁴⁾							darunter: Vereinigte Staaten von Amerika						
Leistungsbilanz	-2,3	-13,8	-11,1	+4,7	-1,9	-19	-29	-15,5	-1,0	+0,5	+4,7	-11,2	-40	-60
Handelsbilanz	-4,2	-21,5	-15,4	-1,4	-2,9	-15	-19	-34,0	-27,6	-25,5	-28,0	-36,4	-60	-75
Dienstleistungsbilanz	+8,2	+14,3	+12,3	+13,9	+10,0	+5,5	+0,5	+24,1	+32,7	+33,6	+40,2	+34,0	+29	+25
Übertragungsbilanz	-6,3	-6,6	-8,0	-7,8	-9,0	-9,5	-10,5	-5,6	-6,1	-7,6	-7,5	-8,8	-9	-10
Kapitalbilanz ⁷⁾	-18,4	+14,2	+8,9	-4,2	-3,0	+18	.	-15,5	+15,0	-8,0	-7,9	+11,8	+36,5	.
Langfristiger Kapitalverkehr	-24,0	-29,4	-6,4	+7,0	-4,6	+12	.	-11,7	-17,9	-8,2	+13,0	+6,4	+25	.
Kurzfrist. Kapitalverkehr 8)	+5,6	+43,6	+15,3	-11,2	+1,6	+6	.	-3,8	+32,9	+0,2	-20,9	+5,4	+11,5	.
Devisenbilanz ⁹⁾	+20,7	-0,4	+2,2	-0,5	+4,9	+1	.	+31,0	-14,0	+7,5	+3,2	-0,6	+3,5	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	-1,1	+0,4	+0,5	+1,2	+0,8	+0,5	.	-0,8	+0,4	+0,4	+1,0	+0,6	+0,5	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	-13,4	+13,7	-11,6	-3,6	+5,5	+1,5	.	-4,4	+0,6	-6,3	+0,4	-0,4	+3	.
Position b. Weltwährungsfonds 10)	+4,0	-0,9	-1,6	-3,6	-4,1	-3,5	.	+5,0	-1,4	-1,5	-3,7	-3,5	-2,5	.
Dollarverpflichtung gegenüber Währungsbehörden	+31,2	-13,6	+14,9	+5,5	+2,7	+2,5	.	+31,2	-13,6	+14,9	+5,5	+2,7	+2,5	.
	Übrige Welt ⁵⁾							darunter: Entwicklungsländer ⁶⁾						
Leistungsbilanz	-19,8	+22,9	+50,9	+5,7	+7,4	+19	+25,5	-32,9	+16,2	+34,8	-31,9	-77,8	-83,5	-64
Handelsbilanz	-11,7	+35,1	+56,7	+7,9	+2,5	+7,5	+7	+3,5	+61,4	+92,3	+39,2	+1,7	-12	+10
Dienstleistungsbilanz	-33,1	-41,8	-39,5	-33,8	-28,3	-21,5	-16	-36,4	-45,2	-57,5	-71,1	-79,5	-71,5	-74
Übertragungsbilanz	+25,0	+29,6	+33,7	+31,6	+33,2	+33	+34,5							
Kapitalbilanz ⁷⁾	+24,5	+5,9	-39,0	-9,8	-21,9	-22,5	.	+26,9	+7,7	-29,7	+29,5	+62,2	+84	.
Langfristiger Kapitalverkehr	+39,1	+47,3	+23,0	+13,9	+37,5	+18,0	.	.	.	.	.	.	.	.
Kurzfrist. Kapitalverkehr 8)	-14,6	-41,4	-62,0	-23,7	-59,4	-40,5	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenbilanz ⁹⁾	-4,7	-28,8	-11,9	+4,1	+14,5	+3,5	.	+6,0	-23,9	-5,1	+2,4	+15,6	-0,5	.
Goldhaltung d. Währungsbehörden	+2,9	-4,1	-1,1	-3,0	-1,7	-1,0	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenhaltg. d. Währungsbehörden	-4,6	-26,5	-13,0	+2,8	+10,9	-0,5	.	.	.	.	.	.	.	.
Position b. Weltwährungsfonds 10) 11)	-3,0	+1,8	+2,2	+4,3	+5,3	+5	.	.	.	.	.	.	.	.

1) Teilweise geschätzt.- 2) Geschätzt.- 3) EG ohne Griechenland, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz.- 4) USA, Kanada, Japan.- 5) Als Restsaldo errechnet, die allerdings auch aufgrund von Unterschieden in der Erfassung einzelner Zahlungsbilanzposten entstehen; Kapital- und Devisenbilanz weichen von den Restsaldo um den Betrag ab, um den sich die nicht gesondert ausgewiesenen Devisenverpflichtungen von Hartwährungsländern ändern.- 6) Einschließlich OZLänder.- 7) Nettokapitalexport (-), -Import (+).- 8) Einschl. statistischer Diskrepanz.- 9) Bestandszunahmen (-), -abnahme (+).- 10) Einschl. Sonderziehungsrechte.- 11) Einschl. Verpflichtungen des Weltwährungsfonds.

Quellen: International Financial Statistics; Nationalstatistiken.

mer 1983 war sie rezessiv. Die zu Beginn des Jahres wirksam gewordenen Erhöhungen von Steuern und öffentlichen Tarifen sowie anhaltende tarifpolitische Auseinandersetzungen dämpften heimische Nachfrage und Produktion stärker als vorhergesehen. Aufgrund der wirtschaftlichen Belebung bei wichtigen Handelspartnern stiegen die Exporte allerdings schon seit dem Frühjahr; zum Jahresende 1983 dürfte die Leistungsbilanz wieder annähernd ausgeglichen worden sein. Erst in der zweiten Hälfte 1983 hat eine schwache konjunkturelle Erholungstendenz eingesetzt. Nach dem Abschluß zahlreicher neuer Branchentarifverträge und bei verlangsamtem Anstieg der

Verbraucherpreise kam der Rückgang des privaten Verbrauchs im Herbst zum Stillstand. Auch von den Lagerdispositionen und der Investitionstätigkeit gingen zuletzt wieder leicht expansive Effekte aus.

Wie prognostiziert verlief die wirtschaftliche Entwicklung in *Frankreich*. Sie stand 1983 im Zeichen der Konsolidierungspolitik. Vor allem der private Verbrauch wurde durch eine Reihe von Maßnahmen getroffen. Dies hat auch zu einer Reduzierung der realen Importe geführt. Gleichzeitig stiegen die Exporte stärker als erwartet. Erstmals seit April 1979 war die Handelsbilanz im Spätsommer wieder aktiv; gegenüber

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

LÄNDER	1) GEWICHTE 1982 IN VH		VERÄNDERUNG IN VH GEGENÜBER VORJAHR								
	BSP	AUSFUHR DER BRD	1982			1983			1984		
			2) REAL NOMINAL PREISE			2) REAL NOMINAL PREISE			2) REAL NOMINAL PREISE		
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	9.3	0.0	-1.2	3.6	4.8	1	4	3	2	5	2.5
FRANKREICH	7.6	20.0	1.7	14.5	12.6	0	9.5	9.5	0.5	8	7.5
GROSSBRITANNIEN	6.8	10.4	1.1	9.8	8.6	2	7	5	2	8	6
ITALIEN	4.9	10.8	-0.4	17.1	17.5	-1	14.5	15.5	1	13	12
NIEDERLANDE	1.9	12.0	-1.6	4.0	5.7	0.5	3	2.5	0.5	3.5	3
BELGIEN	1.2	10.3	0.7	7.8	7.0	-0.5	6.5	7	0.5	6	5.5
DAENEMARK	0.8	2.8	3.1	13.3	9.8	2	10.5	8.5	1	6	5
GRIECHENLAND	0.5	1.5	0.0	22.5	22.5	0	19.5	19.5	1.5	19	17
IRLAND	0.2	0.6	1.5	18.9	17.2	0.5	11.5	11	1.5	9.5	8
EG	33.2		0.2	10.1	9.8	0.5	8	7.5	1.5	7.5	6
EG OHNE BRD	23.9		0.8	12.7	11.8	0.5	9.5	9	1	9	7.5
EG OHNE BRD 3)		68.4	0.6	11.5	10.9	0	8.5	8.5	1	8	7
SCHWEDEN	1.4	3.8	-0.1	9.0	9.1	1.5	11	9.5	2	10.5	8.5
SCHWEIZ	1.4	7.2	-1.5	5.6	7.1	0.5	4.5	4	1.5	4.5	3
ÖSTERREICH	0.9	6.9	1.1	7.8	6.6	1	5	4	1	5.5	4.5
NORWEGEN	0.8	1.8	-0.6	10.4	11.0	1	9	8	0	6	6
EUROPAEISCHE INDUSTRIELÄNDER	37.7		0.2	9.9	9.7	0.5	8	7	1.5	7.5	6
EUROPAEISCHE INDUSTRIELÄNDER O.BRD	28.4		0.6	11.9	11.2	0.5	9	8.5	1	8.5	7.5
EUROPAEISCHE 3) INDUSTRIELÄNDER O.BRD		88.1	0.4	10.6	10.1	0.5	8	7.5	1	7.5	6.5
USA	43.3	9.4	-1.9	4.0	6.0	3.5	7	3.5	4.5	9.5	5
KANADA	4.1	0.8	-4.4	5.2	10.1	3	9	6	4	11	6.5
JAPAN	14.9	1.7	3.0	5.1	2.0	3	5	2	3.5	6	2.5
AUSSEREUROP. INDUSTRIELÄNDER	62.3		-0.9	4.3	5.3	3.5	7	3.5	4	9	4.5
AUSSEREUROP. 3) INDUSTRIELÄNDER		11.9	-1.4	4.2	5.7	3.5	7	3.5	4.5	9.5	4.5
INSGESAMT	100.0		-0.5	6.4	6.9	2.5	7	5	3	8.5	5
INSGESAMT OHNE BRD 3)	90.7		-0.4	6.7	7.2	2.5	7.5	5	3.5	9	5.5
INSGESAMT OHNE BRD		100.0	0.2	9.8	9.6	1	8	7	1.5	7.5	6.5

1) AUF DOLLARBASIS. - 2) DEFLATIONIERUNGSFAKTOR. - 3) GEWICHTET NACH DEN ANTEILEN DER LÄNDER AN DER DEUTSCHEN WARENAUSFUHR.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHÄTZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHÄTZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERÄNDERUNGSRATEN GERUNDET.

dem Vorjahr hat sich das Handelsbilanzdefizit 1983 auf etwa die Hälfte reduziert. Nicht ganz erreicht wurde dagegen die angestrebte Rückführung des Preisanstiegs. Obwohl sich der Lohn- und Preisauftrieb im Jahresverlauf auch infolge der Preiskontrollen deutlich verlangsamte, beträgt der Anstieg 1983 gegenüber dem Vorjahr noch etwa 9 vH.

Durch die Stagnation des privaten Verbrauchs ist die Investitionstätigkeit weiter beeinträchtigt worden. Vor allem im privaten Sektor dauerte die Investitionslethargie an. Aber auch die vorgesehenen öffentlichen Investitionen haben sich zu einem erheblichen Teil verzögert. Insgesamt gingen die Investitionen daher deutlich zurück. So ist es lediglich der günstigen außenwirtschaftlichen Entwicklung zu verdanken,

daß das Sozialprodukt 1983 wieder das Vorjahresniveau erreichte.

In Japan ist das Sozialproduktswachstum durch die Exportentwicklung begünstigt worden. Den Ausschlag hierfür gaben die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in den USA und die starke Wettbewerbsposition. Bei der Gestaltung der auch dort betriebenen Konsolidierungspolitik wurden allerdings Nachfragegesichtspunkte berücksichtigt, indem öffentliche Ausgaben zeitlich vorgezogen und im Herbst zusätzliche finanzpolitische Maßnahmen beschlossen wurden.

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
Reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

LÄNDER	PRIVATER VERBRAUCH			ÖFFENTLICHER VERBRAUCH			BRUTTOANLAGE-INVESTITIONEN			EXPORTE VON GÜTERN			IMPORTE UND DIENSTEN		
	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	-2.2	1	1	-1.1	-0.5	0	-5.4	3.5	4	3.7	-1	4.5	0.8	0.5	3
FRANKREICH	3.0	0.5	0.5	4.0	0	0	-0.4	-4	-0.5	-3.7	1.5	3	2.5	-2	1
GROSSBRITANNIEN	1.3	3	1	1.4	2.5	1	5.8	2.5	2.5	1.4	0.5	4.5	3.1	4	4
ITALIEN	0.3	-1	0	1.8	1.5	1.5	-5.3	-5	1.5	1.2	1.5	2.5	2.1	-1	2
NIEDERLANDE	-1.6	-1.5	-2	0.7	2	1	-5.0	1	0.5	-0.9	2.5	4	1.1	1.5	1.5
BELGIEN	0.9	-3	-1	-1.7	-2	-0.5	-2.2	-4	0.5	3.1	1	3	1.9	-1.5	1
DÄNEMARK	2.6	2	0.5	3.4	1.5	-1	3.7	2.5	0	2.0	4	2.5	3.0	1	0.5
GRIECHENLAND	1.0	0	1	1.0	3	2.5	-1.0	-2	1.5	-6.0	-1	2	5.1	0	1
IRLAND	-6.0	-3	-0.5	2.8	0	0	-7.5	-8	1	5.0	6	6	-3.5	-2	3
1)															
EG	0.5	0.5	0.5	1.1	1	0.5	-2.0	-0.5	2	1.2	0.5	4	1.8	0.5	2
EG OHNE BRD	1.4	0.5	0.5	2.1	1.5	0.5	-0.4	-2	1	0.1	1.5	3.5	2.2	0	2
SCHWEDEN	1.3	-2	0	1.2	1.5	1	-2.5	-1	-1	3.8	5	5.5	4.9	0.5	3
SCHWEIZ	-0.2	1	1	1.8	2.5	2.5	-2.8	3	2.5	-2.8	-1	2	-1.9	2.5	2
ÖSTERREICH	1.1	3	0	2.0	2	2	-5.4	-2	1	3.2	1	2	-2.3	3	1
NORWEGEN	1.3	1	1	1.0	3	1.5	-8.4	5	7	-2.6	1	-1	5.9	-1	1
EUROPÄISCHE INDUSTRIELÄNDER	0.5	0.5	0.5	1.2	1	0.5	-2.3	0	2	1.0	1	3.5	1.8	0.5	2
EUROPÄISCHE INDUSTRIELÖ.BRD	1.3	0.5	0.5	2.0	1.5	1	-1.2	-1.5	1	0.1	1.5	3	2.1	0.5	2
USA	1.4	3.5	4.5	3.0	1	1	-7.2	4.5	6	-7.8	-5	3	1.5	4	8
KANADA	-2.1	1	3	0.5	2.5	4	-11.7	0	4.5	-1.6	2	5.5	-11.3	2	6
JAPAN	4.2	3.5	3.5	3.5	3.5	2.5	1.0	0	2	3.2	3.5	7	3.1	1	4
AUSSEREUROP. INDUSTRIELÄNDER	1.8	3.5	4	2.9	1.5	1.5	-4.6	2.5	4.5	-3.7	-1.5	4.5	0.2	3	6.5
1)															
INSGESAMT	1.3	2.5	3	2.2	1.5	1	-3.7	1.5	3.5	-1.0	0	4	1.1	1.5	4
INSGESAMT Ö.BRD	1.6	2.5	3	2.6	1.5	1	-3.5	1.5	3.5	-1.8	0	4	1.2	1.5	4

1) GEWICHTE 1982 AUF DOLLARBASIS.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERÄNDERUNGSRATEN GERUNDET.

Internationale Kapitalbewegungen wirken destabilisierend

Mit dem kräftigen Konjunkturaufschwung in den USA, der verhaltenen Wirtschaftsentwicklung in Westeuropa und den durch die Schuldenkrise erzwungenen Sozialproduktseinbußen in den Entwicklungsländern verschoben sich 1983 die Zahlungsbilanzsalden der einzelnen Wirtschaftsräume erheblich. Das Handels- und das Leistungsbilanzdefizit der USA nahmen beträchtlich zu. Dagegen aktivierte sich die Handelsbilanz Westeuropas, und seine Leistungsbilanz war nach Defiziten in den Vorjahren wieder ausgeglichen. Auch der Leistungsbilanzüberschuß Japans nahm stark zu, und die ölimportierenden Entwicklungsländer konnten den Passivsaldo ihrer Handels- und ihrer Leistungsbilanz verringern. Indes mußten die Ölländer bei anhaltend rückläufigen Ölexporterlösen einen weiteren Rückgang des Aktivsaldos ihrer Handelsbilanz hinnehmen und schlossen mit einem fühlbaren Leistungsbilanzdefizit ab.

Bei der Betrachtung der von den einzelnen Ländern ausgewiesenen Zahlungsbilanzsalden stößt man allerdings auf das Problem, daß sie sich nicht zu Null addieren, wie das im weltweiten Zusammenhang der Einnahmen-Ausgaben-Ströme der Fall sein müßte. In den letzten Jahren sind die sich ergebenden Restsalden besonders hoch gewesen. Die Zahlungsbilanzstatistik gibt deshalb ein zunehmend verzerrtes Bild der Leistungs- und Kapitalströme zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern. Am geringsten ist allerdings der Restsaldo bei den Handelsbilanzen.

Die großen Restsalden bei den übrigen Bilanzen legen die Vermutung nahe, daß insbesondere Transferzahlungen und Kapitalbewegungen in den Industrie- und Entwicklungsländern unterschiedlich abgegrenzt werden. Vor allem das für die Entwicklungsländer bedeutende Phänomen der Kapitalflucht scheint — wenn überhaupt — nicht gleichermaßen in den Bilanzen Niederschlag zu finden. Würde ein Teil der Geldströme aus den Entwicklungsländern, der in der

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

LÄNDER	BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTÄTIG- KEIT UND VERMOEGEN						1) STUECKGEWINN			2) LOHNSTUECKKOSTEN			2) LOHNSTUECKKOSTEN		
	UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT						IN LANDESWÄHRUNG						IN SZR		
	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	6.2	9	6.5	2.5	1.5	3.5	7.5	7.5	4	3.5	1	1.5	3.0	-1	
FRANKREICH	13.9	9	9.5	13.5	9.5	7.5	12.0	9	8.5	11.6	9.5	7	-1.4	-2.5	
GROSSBRITANNIEN	26.5	4	12	6.0	6	7	25.1	2	10	4.9	4	5	-3.3	-9.5	
ITALIEN	15.1	18	15	16.8	14.5	12.5	15.5	19	13.5	17.3	15.5	11.5	5.3	7	
NIEDERLANDE	6.9	4.5	6	3.0	2.5	2.5	8.6	4	5.5	4.6	2	2	4.4	-1	
BELGIEN	11.8	9.5	9.5	6.0	5.5	5	11.0	10	8.5	5.3	6	4.5	-8.6	-2	
DAENEMARK	22.6	10.5	7.5	11.5	8	6	18.9	8	6.5	8.1	6	5	-1.3	0	
GRIFCHENLAND	22.1	20	19	22.5	18	17	22.1	20	17	22.5	18	15.5	8.5	-7	
IRLAND	29.8	16	11.5	16.5	11	9	27.9	15.5	9.5	14.8	10.5	7.5	8.0	0	
3) EG	14.2	10	10	8.5	7	6.5	13.2	8.5	8	7.5	5.5	5	0.6	-1.5	
3) EG OHNE BRD	17.1	10.5	11.5	10.9	9	8	15.7	8.5	9.5	9.2	7.5	6	-0.4	-2	
SCHWEDEN	16.1	16.5	18.5	8.0	9	9	16.3	14.5	16	8.1	7.5	7.0	-6.9	-9	
SCHWEIZ	2.9	4.5	7.5	7.4	4	3.5	4.4	4	6	9.0	3.5	2.0	12.6	3	
OESTERREICH	18.8	3	8.5	4.5	4.5	4.5	17.5	2	7.5	3.4	3.5	3.5	3.1	2	
NORWEGEN	7.6	9	4	11.4	9.5	7	8.3	8	4	12.1	8.5	7	6.5	-0.5	
EUROPAEISCHE 3) INDUSTRIELÄNDER	15.7	9.5	10	8.4	7	6.5	13.0	8.5	8	7.6	5.5	5	1.0	-1.5	
EUROPAEISCHE 3) INDUSTRIEL O.BRD	15.9	10	11	10.3	8.5	7.5	14.9	8.5	9.5	9.0	7.5	6	0.3	-2	
USA	-5.2	11	8	5.5	6	9	-1.3	7.5	3	7.5	2.5	4.5	14.8	5.5	
KANADA	-7.1	20	16	7.5	6	9	-2.8	16.5	11.5	12.5	3	5	16.8	6.5	
JAPAN	4.6	1	4.5	6.2	6.5	6.5	1.6	-2	1	3.2	3.5	3	-2.4	11.5	
AUSSEREUROP. 3) INDUSTRIELÄNDER	-1.2	8.5	7.5	5.8	6	8.5	-0.6	6	4	6.9	3	4	9.5	7.5	
3) INSGESAMT	4.6	9	8.5	6.7	6.5	8	7.8	7.5	6.5	7.3	4.5	4.5	4.3	2	
3) INSGESAMT O.BRD	4.4	9	8.5	7.2	7	8	7.8	7.5	7	8.1	5.5	5	4.5	2.5	

1)BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTÄTIGKEIT UND VERMOEGEN JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS. -
2)BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS. -3)GEWICHTET
MIT 1982ER ANTEILEN. FUER 1) UND 2): GEWICHTET NACH EXPORTANTEILEN, WIE SIE - MIT AUSNAHME DER USA -
DER BERECHNUNG DER SZR ZUGRUNDELIEGEN.

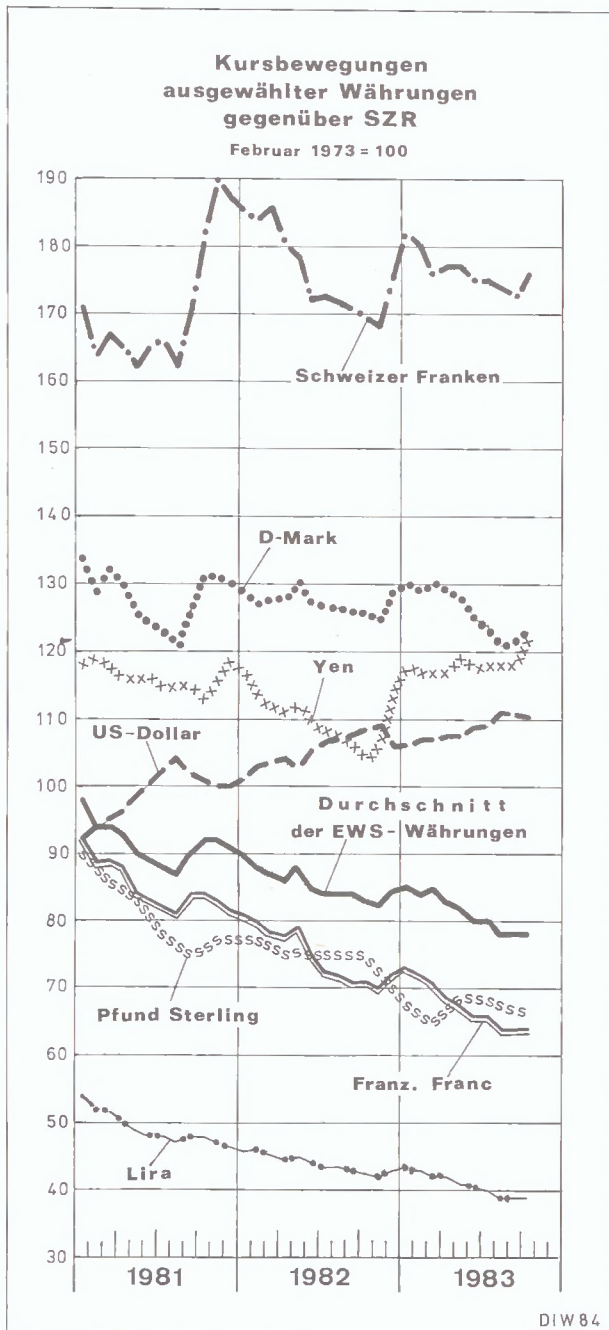
QUELLEN: SAEG,VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN; NATIONALSTATISTIKEN UND SCHAETZUNGEN DES DIW.
GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

Übertragungsbilanz als Transfer erfaßt wird, in der Kapitalbilanz als Kapitalexport erscheinen und ein Teil der Geldströme in die Entwicklungsländer, der als Kapitalimport angesehen wird, als Transferzahlung betrachtet, so würden sich die Abweichungen zwischen den Zahlungsbilanzen der beiden Ländergruppen beträchtlich verringern. Das Leistungsbilanzdefizit, aber auch der Kapitalimport der Entwicklungsländer wären dann geringer als gegenwärtig in der Zahlungsbilanzstatistik ausgewiesen.

Trotz ihrer Unzulänglichkeit gibt die Zahlungsbilanzstatistik aber ein plausibles Bild des Tendenzwandels in den Leistungs- und Kapitalströmen. Es zeigt neben der Verschiebung der Leistungsströme auch eine beachtenswerte Veränderung der Kapitalströme. Die USA, die lange Zeit ein Exporteur von Kapital waren, ziehen immer stärker Kapital an. Zwar hat sich der Kapitalstrom in die Entwicklungsländer insgesamt ebenfalls verstärkt. Betrachtet man aber nur die ölimportierenden Entwicklungsländer, so wird

deutlich, daß sich der Kapitalexport in diese Volkswirtschaften in den letzten Jahren fühlbar abgeschwächt hat, während in den Ölländern, die lange Zeit per Saldo Kapital exportierten, nun ebenfalls die Kapitalimporte überwiegen.

Verschiebungen der Kapitalströme, bei denen einerseits zunehmend weniger Kapital in die bedürftigen Entwicklungsländer fließt — weil sich deren Bonität bei hoher Verschuldung immer mehr verringert hat — und andererseits die USA, das führende hochentwickelte Industrieland, verstärkt Kapital anlocken, haben eine destabilisierende Wirkung. Einmal zwingen sie die Entwicklungsländer zu einem Sparkurs, der nicht nur ihren eigenen Bedürfnissen zuwiderläuft, sondern auch die Exporte der Industrieländer und damit die Konjunkturbelebung in den außenwirtschaftsabhängigen europäischen Volkswirtschaften behindert. Zum anderen schafft der Kapitalstrom in die USA — indem er den Dollarkurs und damit das amerikanische Leistungsbilanzdefizit außerordent-



lich stark steigen läßt — Bedingungen, die für ein Andauern des Wirtschaftsaufschwungs nicht günstig sind. Zwar wird meist im Kapitalimport der USA eine entscheidende Voraussetzung des Aufschwungs gesehen, da er bei unzureichender inländischer Kapitalbildung zur Mitfinanzierung des hohen amerikanischen Staatsdefizits diene, das sich als Folge der konjunkturanregenden Finanzpolitik ergeben hat. Die These, in den USA herrsche gegenwärtig Kapitalmangel, zeugt jedoch eher von einem Mangel an Einsicht in kreislauftheoretische Zusammenhänge.

Die gängige Gegenüberstellung von Staatsdefizit und Sparen der privaten Haushalte, das in den USA relativ gering und gegenwärtig sogar geringer als das Staatsdefizit ist, läßt das Unternehmenssparen außer acht. Es hat bei — im Konjunkturaufschwung — steigenden Gewinnen bereits zugenommen, obwohl noch nicht der Höchststand der siebziger Jahre erreicht worden ist. Die Gewinne erhöhten sich trotz beträchtlicher Inflationsberuhigung, da sich der Produktivitätsfortschritt beschleunigte und der Lohnanstieg verlangsamte. Wäre weniger Kapital aus dem Ausland zugeflossen, so wäre bei niedrigerem Dollarkurs mehr exportiert und weniger importiert worden. Im Kreislaufzusammenhang wären dann bei geringerem Leistungsbilanzdefizit zusätzliche Unternehmensgewinne entstanden, und an Kapital zur Finanzierung des Staatsdefizits *und* der privaten Investitionen hätte es nicht gefehlt. Das öffentliche Defizit hat somit nicht zu Engpässen bei der inländischen Finanzierung privater Investitionen geführt und damit auch nicht den Rückgriff auf Auslandskapital notwendig gemacht.

In der öffentlichen Diskussion bleiben diese Zusammenhänge unbeachtet, und es wird immer wieder behauptet, das hohe Staatsdefizit hätte den Zins hoch gehalten und damit Kapital angelockt. Der Finanzpolitik der amerikanischen Regierung wird vorgeworfen, sie lenke die internationalen Kapitalströme in eine falsche Richtung, und schüfe außerhalb der USA Kapitalmangel, der das Zinsniveau weltweit auf unangemessener Höhe halte. Diese Argumentation ist schon deswegen brüchig, weil sie die Frage unbeantwortet läßt, warum nur das Staatsdefizit in den USA Kapital anzieht, die in fast allen anderen Industrie- und Entwicklungsländern ebenfalls hohen Staatsdefizite dies aber nicht tun. Zwar unterliegt es keinem Zweifel, daß das relativ hohe amerikanische Zinsniveau eine entscheidende Ursache für den Kapitalstrom in die USA ist. Zu bestreiten ist jedoch der Einfluß des staatlichen Defizits auf die Zinshöhe.

Diese hängt in viel stärkerem Maße vom geldpolitischen Kurs der Zentralbanken sowie vom konjunkturellen Klima und gegenwärtig auch noch von dem hohen Risiko ab, mit dem die Kreditgewährung an Entwicklungsländer verbunden ist. In den USA kam der Zinssenkungstrend zum Stillstand, als der kräftige Konjunkturaufschwung einsetzte und allgemein damit gerechnet wurde, daß der Federal Reserve Board wieder eine weniger expansive Geldpolitik betreiben würde. Als sich diese Erwartung erfüllte, erhöhten sich sogar die Zinssätze. Sie sind zwar inzwischen wieder etwas gesunken, aber nicht mehr auf das Niveau der ersten Monate dieses Jahres.

Die Geldpolitik hat in den letzten Monaten im Trend keine weitere Steigerung der Geldmenge M_1 zugelassen, obwohl ihre Zielvorstellungen eine, wenn auch

abgeschwächte, Geldmengenzunahme hätten erwarten lassen. Sie trägt mithin zum hohen Zinsniveau bei. Liegen diesem Verhalten auch vor allem binnenwirtschaftliche Überlegungen der vorbeugenden Bekämpfung einer befürchteten Inflationsbeschleunigung zugrunde, so ist doch zu vermuten, daß das Verhalten des Federal Reserve Board auch durch die Furcht vor einem Kapitalabfluß geprägt ist, der für den Fall erwartet wird, daß bei gelockerter Geldpolitik die Zinsen sinken. Zwar wäre diese Furcht unbegründet, wenn eine Zinssenkung und ein darauf folgendes Fallen des Dollarkurses rasch zu einer Verringerung des Leistungsbilanzdefizits führen würden. Erfahrungen legen es jedoch nahe, mit einer beträchtlichen Wirkungsverzögerung zu rechnen. Ein Kapitalabfluß wäre somit zunächst von einem weiterhin hohen Leistungsbilanzdefizit begleitet, das finanziert werden müßte. Der geldpolitische Handlungsspielraum würde dadurch zunächst einmal eingeengt werden.

Da jedoch der Kapitalstrom in die USA nicht allein durch das hohe amerikanische Zinsniveau verursacht ist, sondern auch dadurch, daß wirtschaftliche und politische Risiken gegenwärtig in den USA geringer eingeschätzt werden als in den meisten anderen Ländern, ist die Wahrscheinlichkeit, daß es selbst bei einer gewissen geldpolitischen Lockerung schon bald zu einem Umschwung der Kapitalbewegung kommt, noch gering. Trotzdem ist die Furcht davor ein Faktor, der auf die wirtschaftspolitischen Aktivitäten eher dämpfend wirkt. In dem starken Zufluß von Auslandskapital kann somit kein wachstumsstabilisierendes Element gesehen werden.

Die Prognose für 1984

Bei der Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA für das Jahr 1984 muß deshalb davon ausgegangen werden, daß die Geldpolitik keine starken Stimuli mehr geben wird und fühlbare investitionsfördernde Zinssenkungen ausbleiben werden. Andererseits dürfte im Wahljahr 1984 die Finanzpolitik keineswegs restriktiv gestaltet werden, obwohl mit einem weiterhin hohen, wenn auch konjunkturbedingt rückläufigen Staatsdefizit zu rechnen ist. Zwar ist keine erneute Steuerermäßigung geplant; jedoch sind auch keine die Haushaltskonsolidierung forcierenden Steuererhöhungen zu erwarten.

Unter diesen Annahmen über das wirtschaftspolitische Verhalten ist 1984 eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Wachstums mit dem im zweiten Halbjahr 1983 erreichten, verlangsamten Tempo wahrscheinlich. Dabei werden die Anlageinvestitionen der Unternehmen etwas stärker zunehmen als der private Verbrauch, denn trotz weiterhin hoher Zinsen macht die Verbesserung der Absatzaussichten einen Kapazitätsausbau lohnend. Der private Verbrauch wird vor

allem deswegen weiter steigen, weil bei zunehmender Beschäftigung auch die Haushaltseinkommen fortgesetzt zunehmen werden. Der Preis- und Lohnanstieg dürfte sich 1984 leicht beschleunigen, und das Leistungsbilanzdefizit wird aller Wahrscheinlichkeit nach nochmals steigen. Dadurch erhöht sich aber die Wahrscheinlichkeit, daß das Vertrauen in den Dollar allmählich schwindet und ein Kapitalabfluß einsetzt, weil das politische Vertrauen die ökonomischen Risiken nicht mehr aufwiegt. Ein über das Jahr 1984 hinaus andauerndes kräftiges Wirtschaftswachstum ist schon wegen der dann zu erwartenden geldpolitischen Reaktionen, bei denen der Aufschwung rasch abgewürgt werden könnte, wenig wahrscheinlich.

Am stärksten profitiert gegenwärtig *Japan* vom Wirtschaftsaufschwung in den USA und dem hohen Dollarkurs, bei dem die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft relativ gering ist. Denn die Handelsverflechtung zwischen den USA und Japan ist enger als die Verflechtung zwischen den USA und Westeuropa. Einen großen Teil des Gegenpostens zum hohen amerikanischen Leistungsbilanzdefizit bildet der Leistungsbilanzüberschuß Japans. An dieser Konstellation dürfte sich auch 1984 wenig ändern. Allerdings machen es nicht zuletzt protektionistische Tendenzen unwahrscheinlich, daß Japan auf längere Sicht eine solche Überschußposition einnehmen und vornehmlich durch Exportoffensiven sein wirtschaftliches Wachstum anregen kann.

Die japanische Regierung ist sich der gefährdeten Außenwirtschaftsposition bewußt. Sie hat daher in der zweiten Hälfte des letzten Jahres finanzpolitische Expansionsmaßnahmen ergriffen und sowohl die Einkommensteuer gesenkt als auch Ausgabenprogramme verabschiedet, um die Inlandsnachfrage zu stützen und das wirtschaftliche Wachstum auch von dieser Seite zu stimulieren. Da aber in Japan der Staatshaushalt ebenfalls mit einem relativ hohen Defizit abschließt, war die Regierung nur zu einer vorsichtigen finanzpolitischen Anregung bereit. Das Sozialproduktswachstum wird sich daher 1984 aller Voraussicht nach nur geringfügig verstärken.

Sehr viel verhaltener als in den außereuropäischen Industrieländern wird die wirtschaftliche Expansion auch 1984 in *Westeuropa* sein. Die Entwicklung wird sich aber nach wie vor von Land zu Land deutlich unterscheiden.

So ist für *Großbritannien*, wo die Expansion im letzten Jahr etwas stärker war als in den meisten übrigen westeuropäischen Ländern, keine weitere Beschleunigung zu erwarten. Die Regierung wird in diesem Jahr sicherlich bemüht sein, die im letzten Jahr verstärkte Zunahme der Staatsausgaben wieder zu verlangsamen, um dem Ziel, den Staatsanteil am Sozial-

produkt zu vermindern, näher zu kommen. Mit der erhofften kompensatorischen Verstärkung des Wachstums der privaten Investitionen ist aber für 1984 kaum zu rechnen. Die bisher bekannten Investitionsabsichten deuten jedenfalls nicht hierauf hin. Offensichtlich haben sich die längerfristigen Absatzerwartungen der britischen Unternehmen trotz der etwas stärkeren Expansion im letzten Jahr nicht wesentlich verbessert.

Der beachtliche Verbrauchsanstieg im Jahre 1983 wird sich somit als Strohfeuer herausstellen; denn eine fühlbare Beschäftigungs- und Einkommenszunahme, wie sie die Entwicklung in den USA kennzeichnet, dürfte ausbleiben. Während die gemeinhin als angebotsorientiert charakterisierte Wirtschaftspolitik in den USA vornehmlich nachfrageanregend wirkte und damit einen kräftigen Konjunkturaufschwung in Gang setzte, hat die Angebotspolitik in Großbritannien auf eine ausreichende Nachfragestimulierung in der Hoffnung verzichtet, die Eigendynamik der privaten Wirtschaft würde schließlich genügend Kraft bekommen. Sie ist in dieser Hoffnung nun schon mehrmals enttäuscht worden. Wenn die Expansion in diesem Jahr nicht aufhören wird, so deswegen, weil sich angesichts des Konjunkturaufschwungs in den außereuropäischen Industrieländern und der leichten Belebung in einigen westeuropäischen Ländern eine Verstärkung der Exportzunahme einstellen wird. Zudem dürfte das Investitionswachstum nicht zum Stillstand kommen, sondern sich angesichts des Modernisierungsbedarfs der britischen Wirtschaft in mäßigem Tempo fortsetzen.

In *Frankreich* wird der wirtschaftspolitische Konsolidierungskurs 1984 weitgehend beibehalten werden. Trotzdem ist zu erwarten, daß es im Jahresverlauf zu einer leichten konjunkturellen Belebung kommen wird. Das Konjunkturgefälle zu den wichtigsten Handelspartnern wird die außenwirtschaftliche Bilanz weiter verbessern helfen. Umfangreiche, bisher verzögerte Investitionen im Bereich der nationalisierten Industrien und eine Finanzpolitik, die mit Hilfe von Umstrukturierungen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite trotz Konsolidierungsanstrengungen darauf ausgerichtet ist, den Unternehmen keine zusätzlichen Belastungen aufzubürden, könnten zur Stabilisierung der Investitionen beitragen. Wenn es dennoch nicht zu einer stärkeren konjunkturellen Belebung kommen wird, so vor allem aus zwei Gründen. Die Reformen, die im Rahmen der neuen Industriepolitik zur dauerhaften Verbesserung der französischen Wettbewerbsfähigkeit durchgeführt werden sollen und die bedeutende Investitionen erfordern, brauchen Zeit. Ferner wird die Investitionstätigkeit im privaten Bereich durch die andauernde Stagnation des privaten Verbrauchs weiterhin beeinträchtigt.

Die Wirtschaftspolitik steht daher vor allem vor der Aufgabe, bei der angestrebten weiteren Dämpfung

des Preisauftriebs negative beschäftigungspolitische Wirkungen soweit wie möglich zu verhindern. Es ist anzunehmen, daß die Preiskontrollen 1984 aufrechterhalten werden. Unternehmen und Gewerkschaften sind mehr und mehr dazu übergegangen, Verhandlungen über die reale Einkommensentwicklung von der vorherigen Preisentwicklung abzukoppeln und einen verlangsamten Preisanstieg zu unterstellen. Ob die Tarifparteien dieses für französische Verhältnisse ungewohnte Verhalten beibehalten werden, wird nicht zuletzt von der Glaubwürdigkeit der Regierungspolitik abhängen. Neue Probleme, die jedoch für die wirtschaftliche Entwicklung 1984 nicht mehr von Bedeutung sind, könnten sich bei einer späteren Aufhebung der Preiskontrollen ergeben.

Insgesamt werden sich 1984 die Rahmenbedingungen für eine zukünftige Wachstumspolitik wieder verbessern. Bei einer nur geringfügigen Zunahme des realen Sozialprodukts dürfte sich allerdings die Lage am Arbeitsmarkt verschlechtern, so daß die Regierung wohl erneut zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen greifen wird.

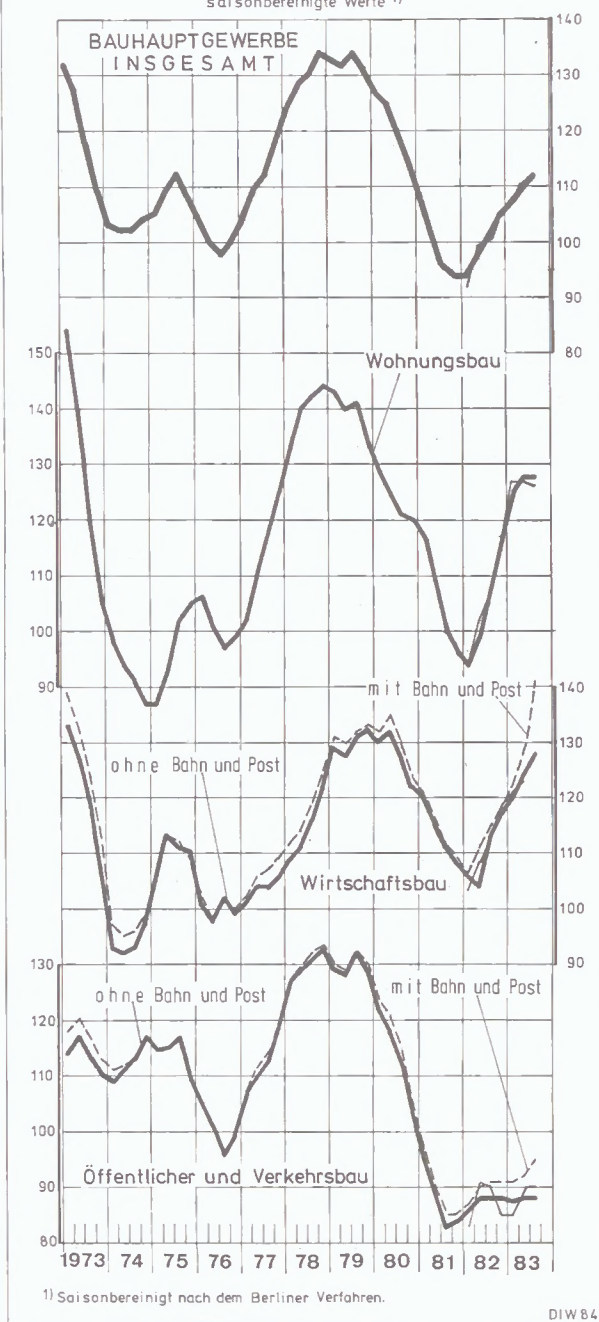
In *Italien* wird sich die Nachfrage in den nächsten Monaten weiter erholen; ein dauerhafter Aufschwung ist jedoch nicht gesichert. Mit der Zunahme des privaten Verbrauchs werden auch die Importe wieder kräftiger zunehmen, und der weiterhin starke Preisanstieg — immer noch doppelt so hoch wie im Durchschnitt der anderen Industrieländer — wird die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Mit einer andauernden Verbesserung der Leistungsbilanz ist deshalb kaum zu rechnen. Die wirtschaftliche Entwicklung im Verlauf des Jahres 1984 hängt daher vor allem davon ab, ob es gelingt, den Lohn- und Preisauftrieb deutlich zu dämpfen, ohne die heimische Nachfrage allzusehr zurückzudrängen.

Die Ursachen für die im Vergleich zu anderen westlichen Industrieländern geringen Erfolge bei der Bekämpfung des Lohn- und Preisauftriebs sind weitgehend im politisch-institutionellen Bereich zu suchen; die erforderlichen Reformen werden immer wieder verschoben. Das zu Beginn des Jahres 1983 getroffene Abkommen zwischen Staat und Tarifparteien zur Entschärfung der „Scala mobile“ ist bis heute umstritten und wurde nur teilweise eingehalten. Statt der angestrebten Konsolidierung im Bereich der öffentlichen Finanzen hat sich das Haushaltsdefizit 1983 auf etwa 13 vH des Bruttosozialprodukts erhöht. Die notwendige Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben zugunsten von Investitionen bei Kürzung aufgeblähter Subventionen insbesondere bei öffentlichen Unternehmen sind bisher nicht ausreichend in Angriff genommen worden, der Abbau ungerechtfertigter Vergünstigungen sowie eine effizientere Steuererfassung bisher nur in Ansätzen vorhanden. Die Notwendigkeit haushaltspolitischer Reformen wird zwar

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

Volumenindex (1976 = 100)

saisonbereinigte Werte ¹⁾



brauchs. Daß die privaten Haushalte in Anbetracht der gesamtwirtschaftlichen Konstellation ihre Ersparnisbildung kräftig reduzieren und ihre Verbrauchsneigung vergrößern würden, war auch angesichts der Tatsache, daß im Vergleich zum Vorjahr vermehrt längerfristige prämienbegünstigte Sparverträge frei wurden, kaum zu antizipieren.

Die Anlageinvestitionen sind im vergangenen Jahr — zum Teil setzt sich dies 1984 fort — durch eine Reihe von finanzpolitischen Maßnahmen stimuliert worden. Im Vordergrund stand der Einfluß der noch von der alten Regierungskoalition beschlossenen befristeten Investitionszulage. In der Prognose vor einem Jahr ist der hiervon ausgehende Effekt nicht zuletzt deshalb unterschätzt worden, weil ein nicht unerheblicher Teil der so induzierten Aufträge beim verarbeitenden Gewerbe erst in der Dezember- und Januarstatistik 1982/83 ihren Niederschlag gefunden hat, obwohl die Bestellfrist Ende 1982 auslief. Bei Abschluß der Prognose lagen diese Daten noch nicht vor. Höhere Inanspruchnahme der Investitionszulagen und früherer Beginn der Lieferungen trugen dazu bei, daß 1983 die realen Ausrüstungsinvestitionen um 5,5 vH statt um 0,5 vH höher waren als im Vorjahr.

Wenig Überraschungen hat es, im ganzen gesehen, bei den realen Bauinvestitionen gegeben; die Zunahme war nur wenig größer als vorausgeschätzt. Im einzelnen ist indes die in der Prognose ohnehin skeptisch beurteilte Entwicklung der staatlichen Investitionen in Wirklichkeit bei weitem nicht erreicht worden. Nach dem kräftigen realen Rückgang von 8 vH im Jahr 1982 folgte eine kaum minder kräftige Abnahme um 6 vH im vergangenen Jahr. Dem stand allerdings eine deutlich günstigere Entwicklung bei den Wohnungsbauinvestitionen gegenüber (5,5 vH). Dabei hat sich aufgrund der massiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus im Jahresverlauf eine erhebliche Beschleunigung der Bautätigkeit ergeben.

Auch der Wirtschaftsbau hat sich im vergangenen Jahr belebt; neben den auch hier wirksamen Förderungsmaßnahmen des Staates dürften die relativ günstigen Finanzierungsbedingungen eine Rolle gespielt haben. Im Vergleich zum Wohnungsbau war der Anstieg mit real 2 vH indes noch bescheiden. Die Belebung hat hier erst in der zweiten Jahreshälfte deutlichere Konturen angenommen.

Auf das ganze Jahr gesehen ist die Belebung der Binnennachfrage von der Außenwirtschaft her nicht unterstützt, sondern eher behindert worden. Diese Beurteilung betrifft nicht nur die vom Ausland ausgehenden monetären Einflüsse, die nach wie vor zu einem relativ hohen Niveau der Realzinsen in der Bundesrepublik beitrugen, sondern auch die grenzüberschreitenden Güterströme. So sind vom Warenexport bis etwa zur Jahresmitte keine expansiven Impulse gekommen; er hat nach dem kräftigen Rückgang in der Zeit davor zunächst mehr oder weniger stagniert. Erst vom Sommer an ist er gestiegen; diese Entwicklung hat sich zuletzt beschleunigt. Wesentlich früher als beim Export setzte der Anstieg bei der realen Wareneinfuhr ein: Ausländische Lieferanten haben frühzeitig und fühlbar von der Belebung der Binnennachfrage

ge in der Bundesrepublik profitieren können. Eine Rolle hat der Lageraufbau, insbesondere bei Vorprodukten, gespielt, doch haben auch die Importe von Enderzeugnissen kräftig expandiert. Wahrscheinlich bestehen in diesem Güterbereich Zusammenhänge mit der Investitionszulageregelung, von der ja auch im Ausland hergestellte Investitionsgüter begünstigt wurden.

Konjunkturrell gesehen waren die binnenwirtschaftlichen Belegungstendenzen insgesamt in der ersten Jahreshälfte 1983 kräftiger als in der zweiten, weil der private Verbrauch nach der Jahresmitte kaum noch expandierte. Diese Abschwächung ist jedoch durch den Anstieg der Warenausfuhr kompensiert worden. Sieht man von den zeitlichen Verschiebungen bei der Nachfrage ab, die — in Form vorgezogener Käufe der privaten Haushalte — durch die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze zur Jahresmitte und die verstärkten Auslieferungen von Ausrüstungsinvestitionen am Jahresende 1983 bewirkt worden sind, so kann man für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung von einer relativ stetigen, aber für die Anfangsphase einer konjunkturellen Erholung doch schwachen Aufwärtstendenz sprechen. Selbst diese ist am Arbeitsmarkt spürbar geworden: Der Rückgang der Beschäftigtenzahl hat sich mehr und mehr abgeschwächt und dürfte zuletzt saisonbereinigt fast ganz zum Stillstand gekommen sein. Daneben ist die Zahl der Kurzarbeiter erheblich vermindert worden; sie war im November 1983 mit rund 0,5 Millionen nur halb so hoch wie ein Jahr davor. Die Zahl der statistisch ausgewiesenen Arbeitslosen ist seit dem Sommer nicht mehr gestiegen und in den letzten Monaten des Jahres saisonbereinigt sogar gesunken. Mit 2,26 Mill. Personen war die Arbeitslosigkeit dennoch im Jahresdurchschnitt 1983 um mehr als 400 000 höher als im Jahr davor. Diese Zahl stellt zugleich einen neuen Rekord dar, der durch die Tendenzwende im Jahresverlauf in seiner Dramatik kaum entschärft wird, erschwert er doch auch mittelfristig den Weg zurück zur Vollbeschäftigung erheblich.

Bei der langsamen konjunkturellen Erholung erhöhten sich die Preise nur wenig. Auf der Verbraucherstufe stiegen sie im Durchschnitt des Jahres wenig mehr als halb so stark wie 1982; in den ersten Monaten des Jahres sind sie sogar wegen günstiger Preiseinflüsse vom Ausland saisonbereinigt leicht zurückgegangen. Der erneute Anstieg im weiteren Verlauf des Jahres stand vor allem im Zusammenhang mit administrativ bewirkten Verteuerungen, nicht zuletzt der Anhebung der Mehrwertsteuersätze und öffentlicher Gebühren. Von der Kostenseite her gab es kaum Veranlassung zu größeren Preisanhebungen; insbesondere gingen von den Lohnstückkosten keine preistreibenden Wirkungen aus. In vielen Gütergruppen sorgte zudem die schwache Nachfrage, verbunden mit intensivem Wettbewerb der Anbieter, für relativ stabile Preise.

Bei verbesserter konjunktureller Entwicklung führten die anhaltenden Bemühungen des Staates um Haushaltskonsolidierung erstmals zu der erhofften Reduzierung der Neuverschuldung. Das laufende Defizit sank von 55 Mrd. auf 50 Mrd. DM, denn die Einnahmen, insbesondere aus Steuern, stiegen schneller als die Ausgaben. Die Tatsache, daß es zu einer konjunkturellen Erholung der Binnennachfrage kam, läßt freilich nicht den Schluß zu, die Konsolidierungspolitik habe die Konjunktur nicht belastet. Schon von der Entwicklung des privaten Verbrauchs her, wobei überfälliger Nachholbedarf bei dauerhaften Konsumgütern und das Freiwerden von Sparguthaben eine Rolle spielten, war eine Erholung angelegt. Diese hätte kräftiger ausfallen können — und dies wäre angesichts der Arbeitsmarktlage auch notwendig gewesen —, wenn nicht von der Finanzpolitik restriktive Wirkungen ausgegangen wären. Indes darf man nicht übersehen, daß das statistisch ausgewiesene Konsolidierungsvolumen im Jahre 1983 Nachfrageimpulse, die von der Finanzpolitik in diesem Jahre ausgingen, nicht erkennen läßt. Zu nennen sind hier vor allem die Maßnahmen zur Wohnungsbauförderung und die befristete Investitionszulage, mit der zusätzliche oder vorgezogene Nachfrage bei den Investoren mobilisiert wurde, ohne daß schon nennenswerte Belastungen in den öffentlichen Haushalten entstanden wären.

1984: Fortsetzung der konjunkturellen Erholung, kein Aufschwung

Der konjunkturelle Erholungsprozeß dürfte sich in diesem Jahr fortsetzen; mit einer Beschleunigung des Anstiegs ist indes nicht zu rechnen. In der Struktur der realen Nachfrage werden sich dabei deutliche Verschiebungen von den Impulsen aus dem Inland zu denen aus dem Ausland zeigen. Dies ergibt sich aus den wichtigsten Voraussetzungen, die für diese Prognose gelten:

- Der reale Welthandel wird 1984 um 3,5 bis 4 vH zunehmen; auf das ganze Jahr gesehen wird dies zu einer wesentlich günstigeren Entwicklung des deutschen Exports führen.
- Die Gebietskörperschaften setzen ihre Konsolidierungsbemühungen wie geplant fort. Dies bedeutet für den konjunkturellen Erholungsprozeß größere Belastungen als im vergangenen Jahr; denn nicht nur die Einsparungen auf der Ausgabenseite sollen noch größer werden, sondern es werden auch die Anregungen, die von der Investitionszulage auf die Ausrüstungsinvestitionen ausgegangen sind, entfallen.
- Die Bundesbank wird bemüht sein, die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge innerhalb des im Dezember verkündeten Zielkorridors von 4 bis 6 vH zu

Geldanlagen der volkswirtschaftlichen Sektoren
in Mrd. DM

	Private Haushalte			Unternehmen ¹⁾			Staat ²⁾			Übrige Welt			Finanzierungs- institute ³⁾		
	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984
Zunahme der Forderungen															
Kurzfristig an:															
Bundesbank ⁴⁾	3,2	6	4	2,6	1	1	0,8	1	1	-	-	-	3,3	3	3
Geldmarkt ⁵⁾	1,9	-2	0	-	-	-	0,9	3	2	-	-	-	3,6	1	-1
Finanzierungsinstitute ⁶⁾	3,8	3	2	10,6	10	8	0,7	-1	1	4,4	1	0	-	-	-
Inländische Sektoren	-	-	-	0,0	0	0	-	-	-	13,4	5	8	13,8	2	4
Übrige Welt ⁷⁾	-	-	-	6,4	10	14	0,9	1	1	-	-	-	-2,9	-8	0
Summe	8,9	7	6	19,6	21	23	3,3	4	5	17,8	6	8	17,8	-2	6
Längerfristig an:															
Finanzierungsinstitute ⁸⁾	89,7	78	86	10,0	14	13	3,0	6	5	-3,8	-2	0	-	-	-
Inländische Sektoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15,1	14	9	104,5	120	120
Übrige Welt	-	-	-	7,8	6	6	1,0	1	0	-	-	-	7,2	11	4
Anleihemarkt ⁹⁾	17,2	20	16	2,9	6	7	0,3	0	0	2,2	8	9	59,5	54	59
Aktienmarkt	0,5	3	2	5,9	8	7	0,2	1	1	0,5	2	3	2,7	3	4
Summe	107,4	101	104	26,6	34	33	4,5	8	6	14,0	22	21	173,9	188	187
Sonstige Forderungen ¹⁰⁾	12,0 ¹³⁾	12 ¹³⁾	13 ¹³⁾	21,6	14	15	2,8 ¹⁴⁾	-4 ¹⁴⁾	0 ¹⁴⁾	-	-	-	-	-	-
Alle Forderungen	128,3	120	123	67,8	69	71	10,6	8	11	31,8	28	29	191,7	186	193
Vorbemerkung: Das hier nicht aufgeführte Konto "Bundesbank" bildet den buchhalterischen Abschluß dieser Rechnung. 1) Einschließlich Wohnungswirtschaft sowie Bundesbahn und Bundespost.- 2) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.- 3) Kreditinstitute (ohne Bundesbank), Bausparkassen und private Versicherungen.- 4) Bargeld und Zentralbankguthaben.- 5) Inländische Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen.- 6) Sichteinlagen.- 7) Bei Unternehmen vor allem Handels- und Finanzkredite.- 8) Überwiegend Termingelder, Spareinlagen und -briefe, durchlaufende Kredite; ferner Geldanlagen bei Bausparkassen und Versicherungen.- 9) Festverzinsliche Wertpapiere.- 10) Zum Teil als Rest ermittelt.- 11) Buchkredite, Wechsel- und Lombardkredite.- 12) Zunahme der Forderungen minus Zunahme der Verbindlichkeiten.- 13) Ansprüche Privater Haushalte gegenüber betrieblichen Pensionsfonds.- 14) Direktkredite (einschließlich Vorauszahlungen) an Unternehmen.- 15) Vgl. Anmerkungen 13 und 14.															
Quellen: 1982 und 1983 Berechnungen und Schätzungen des Statistischen Bundesamts, der Deutschen Bundesbank und des DIW, 1984 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte Werte gerundet.															

halten. Die Bundesbank wird diesen Kurs auch dann beibehalten, wenn das internationale Zinsniveau stärker steigen und der Außenwert der D-Mark unter Druck geraten sollte.

- Ein zentrales Thema der diesjährigen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften wird die Verkürzung der Arbeitszeit in allen ihren Formen sein. Bisher zeigen sich beide Seiten in der Frage einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit unversöhnlich. Für die Prognose wird vorausgesetzt, daß die gesamtwirtschaftliche Entwicklung von dieser Seite her nicht spürbar belastet wird. Auch wenn Regelungen einvernehmlich erzielt werden, wird das in diesem Jahr die durchschnittlich geleistete Wochenarbeitszeit in der Gesamtwirtschaft noch nicht sehr beeinflussen. Die tariflichen Lohn-

abschlüsse je Stunde werden ähnlich sein wie im Vorjahr.

- Die Sparquote wird eher niedriger sein als im Vorjahr. Dazu tragen die Zinsrückgänge der letzten Jahre bei, aber auch die Kürzung von sozialen Leistungen und die Einbeziehung von Sonderzahlungen in die Beitragspflicht bei der Sozialversicherung.
- Der Preis des Erdöls bleibt im wesentlichen unverändert.

Kapitalmärkte im Sog der amerikanischen Zinsen

Im ersten Quartal 1983 setzte sich die Zinssenkung auf den Geld- und Kapitalmärkten fort. Da außerdem die Spekulation auf eine Aufwertung der D-Mark im

Kreditaufnahme, Investitionen und Ersparnis der volkswirtschaftlichen Sektoren
in Mrd. DM

	Private Haushalte			Unternehmen ¹⁾			Staat ²⁾			Übrige Welt			Finanzierungs- institute ³⁾		
	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984
Zunahme der Verbindlichkeiten															
Kurzfristig gegenüber: Bundesbank ¹¹⁾	-	-	-	-	-	-	-2,9	0	0	3,1	-1	3	6,9	9	8
Geldmarkt ⁵⁾	-	-	-	0,5	0	0	7,0	2	1	-	-	-	-	-	-
Finanzierungsinstituten	3,0	3	3	9,6	3	3	1,2	-4	-2	-2,9	-8	0	-	-	-
Inländischen Sektoren	0,0	0	0	-	-	-	-	-	-	7,3	11	15	15,1	12	11
Übriger Welt ⁷⁾	-	-	-	12,2	8	8	1,2	-3	0	-	-	-	4,4	1	0
Summe	3,0	3	3	22,3	11	11	6,5	-5	-1	7,5	2	18	26,4	22	19
Längerfristig gegenüber: Finanzierungsinstituten	6,1	10	12	73,1	89	92	25,3	21	16	7,2	11	4	-	-	-
Inländischen Sektoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8,8	7	6	102,7	98	104
Übriger Welt	-	-	-	5,8	4	5	9,3	10	4	-	-	-	-3,8	-2	0
Anleihemarkt ⁹⁾	-	-	-	3,1	0	0	24,9	32	30	11,0	5	4	44,8	54	55
Aktienmarkt	-	-	-	5,9	8	9	-	-	-	3,9	9	8	-	-	-
Summe	6,1	10	12	87,9	101	106	59,5	63	50	30,9	32	22	143,7	150	159
Sonstige Verbindlichkeiten ¹⁰⁾	-	-	-	14,8 ¹⁵⁾	8 ¹⁵⁾	13 ¹⁵⁾	-	-	-	-	-	-	21,6	14	15
Alle Verbindlichkeiten	9,1	13	15	125,0	120	130	66,0	58	49	38,4	34	40	191,7	186	193
Ersparnis, Investitionen und Finanzierungssaldo															
Ersparnis bzw. Eigenmittel	119,2	107	108	230,2	263	281	-7,7	-5	+8	-6,6	-6	-11	-	-	-
./. Bruttoinvestition	-	-	-	287,4	314	340	47,7	45	46	-	-	-	-	-	-
Finanzierungssaldo ¹²⁾	+119,2	+107	+108	-57,2	-51	-59	-55,4	-50	-38	-6,6	-6	-11	-	-	-
Anmerkungen siehe Tabelle "Geldanlagen der volkswirtschaftlichen Sektoren".															

Europäischen Währungssystem (EWS) erhebliche Geldzuflüsse aus dem Ausland induzierte, beschleunigte sich die monetäre Expansion ungewöhnlich stark. So lag im März die Zentralbankgeldmenge um 11 1/2 vH (Jahresrate) über dem Stand im vierten Quartal 1982.

Im Frühjahr schlug die Zinstendenz jedoch um. Die Kapitalzinssteigerung wurde dadurch ausgelöst, daß viele Geldanleger und Kreditnehmer erwarteten, die Bundesbank werde nachdrücklich, auch mit Leitzinserhöhungen, gegen die monetäre Expansion vorgehen. Tatsächlich jedoch, wohl auch angesichts der damals immer noch gedämpften Konjunkturaussichten, beschränkte sich die Bundesbank im wesentli-

chen auf die Hinnahme des moderaten Anstiegs der Geldmarktzinsen, der zunächst durch die seit der Wechselkurskorrektur im EWS anhaltenden Kapitalrückflüsse hervorgerufen wurde. Daß der Kapitalmarktzins sehr viel früher und auch stärker — bis auf 8,4 % im September — anzog als die Geldmarktzinsen, hat zwei Gründe: Im Sommerhalbjahr nahm die Nachfrage der Wohnungswirtschaft, aber auch die der gewerblichen Unternehmen nach langfristigen Darlehen stark zu; maßgeblich hierfür waren die Verbesserung des konjunkturellen Klimas, die Bemühungen um eine Konsolidierung der kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten und, nicht zuletzt, die Befürchtung einer weiteren Verteuerung langfristiger Fremdmittel. Von Mitte Mai an allerdings war es der Zinsan-

stieg in den USA, der zunehmend auf die Kapitalmärkte ausstrahlte.

Auch deshalb bewegte sich in den letzten Monaten von 1983 der Kapitalmarktzins zwischen 8 und 8 1/2 %; er war damit deutlich höher, als vor einem Jahr an dieser Stelle prognostiziert worden war (7 %), und er liegt auch weit über dem, was mit der binnen- und außenwirtschaftlichen Grundsituation vereinbar ist. Der Bundesbank ist es ohne spektakuläre Maßnahmen gelungen, die monetäre Expansion zu zügeln; zwar war die Zentralbankgeldmenge im Oktober und November um reichlich 7 vH größer als ein Jahr zuvor, die Werte im April und Mai wurden jedoch nur noch mit einer Jahresrate von knapp 5 1/2 vH übertroffen. Damit dürfte der Furcht vor einem anhaltenden Aufbau eines Inflationspotentials weitgehend der Boden entzogen worden sein.

Wie den beiden Tabellen, die Vorausschätzungen der Geldanlagen und der Kreditaufnahme der volkswirtschaftlichen Sektoren enthalten, zu entnehmen ist, wird der Staat sein Finanzierungsdefizit und damit auch seine Ansprüche an den Kapitalmarkt deutlich verringern. Dies läßt — unabhängig von dem konjunktur- und wachstumspolitischen Urteil über die Finanzpolitik — einen psychologisch positiven Einfluß auf die Kapitalmarktanleger erhoffen. Demgegenüber wird die Nachfrage des Sektors Unternehmen (einschließlich Wohnungswirtschaft) nach längerfristigen Krediten hoch bleiben, zumal immer noch ein erheblicher Konsolidierungsbedarf zu decken ist; zu einer Überforderung des Kapitalmarktes wird es aber kaum kommen.

Die für das Jahr 1984 zu erwartenden „fundamentalen“ ökonomischen Faktoren deuten, für sich genommen, auf eine erneute Zinssenkung auf dem Kapitalmarkt hin. Der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik (Finanzierungsdefizit der übrigen Welt) wird zunehmen; die Inflationsrate wird weiterhin unter 3 vH bleiben. Dies wird die Anlageneigung der Kapitalmarktanleger stärken. Nach wie vor ist ein geldpolitischer Kurs nötig, der Zinssenkungen ermöglicht: Der durch laufende Expansionsraten von 4 und 6 vH begrenzte Zieltrichter für 1984 knüpft unmittelbar an den jüngsten monetären Expansionspfad an. Eine solche Expansionsrate, bei der die Zentralbankgeldmenge im Jahresdurchschnitt um reichlich 5 vH über dem Vorjahrsergebnis liegen würde, erlaubt ohne Verfehlung des Stabilitätsziels eine reibungslose Finanzierung der — voraussichtlich ebenfalls um 5 vH zunehmenden — gesamtwirtschaftlichen Umsätze. Immerhin ist die gesamtwirtschaftliche Geldversorgung, bezogen auf die Umsätze, so hoch wie nie zuvor. Offen bleibt allerdings, ob beides zusammen ausreicht, binnenwirtschaftlich Raum für weitere Zinssenkungen zu geben. Damit knüpft sich die Hoffnung, im Laufe von 1984 werde sich eine gewisse Zinssenkung durchset-

zen, an die Voraussetzung, daß die Zinssätze in den USA wieder nachgeben — was sehr fraglich ist — oder der Dollarkurs trotz hoher USA-Zinsen fällt. Hierfür kann nur das Argument ins Feld geführt werden, auf den Devisenmärkten werde sich schließlich doch die Auffassung durchsetzen, daß sich ein — ökonomisch gesehen — stark überbewerteter Dollar nicht auf die Dauer behaupten kann.

Diese keineswegs ermutigenden Zinsperspektiven sollten allerdings nicht übersehen lassen, daß es im finanziellen Bereich auch einige Lichtblicke gibt: Schon im Jahre 1983 hat die kräftige Zunahme der Eigenmittel und der langfristigen Kredite zu einer fühlbaren Konsolidierung der finanziellen Position der Unternehmen geführt. Diese Tendenz wird sich 1984 voraussichtlich fortsetzen.

Konjunkturelle Erholung durch die Finanzpolitik weiter belastet

Die Entwicklung der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden wird auch 1984 vom Konsolidierungsziel geprägt. Mit einer Rate von knapp 3 vH werden die Ausgaben sogar noch etwas schwächer als im vorigen Jahr steigen, obwohl bei den Ausgaben für öffentliche Investitionen erstmals seit 1980 mit einem geringfügigen Plus (2,5 vH) zu rechnen ist. Das reale Investitionsvolumen (in Preisen von 1976) entspricht allerdings nur dem Niveau vom Ende der sechziger Jahre.

Die Verbrauchsausgaben des Staates werden ähnlich schwach wie 1983 steigen (2,5 vH), in realer Rechnung heißt dies Stagnation. Die Tarifierhebungen im öffentlichen Dienst sind durch die Laufzeit der letztjährigen Abschlüsse weitgehend vorgegeben, der durchschnittliche Anstieg dürfte, wie 1983, knapp 2,5 vH betragen. Strukturell bedingte Einkommensverbesserungen (Stellenanhebungen, Alterssteigerungsbeträge) werden keine Rolle spielen, ebensowenig Stellenvermehrungen, so daß sich der Personalkostenanstieg weiter abschwächen wird (2,5 vH, 1983: knapp 3 vH). Der Ansatz für die laufenden Sachkäufe wird weitgehend von der Preisentwicklung bestimmt; einem realen Zuwachs der Militärausgaben stehen verminderte Sachausgaben im zivilen Bereich gegenüber.

Zwar werden auch 1984 die Zinsausgaben kräftig zunehmen (9 vH), doch fällt der Anstieg — wegen der Verminderung der Neuverschuldung sowie gesunkener Kapitalmarktzinsen — merklich niedriger aus als im vorigen Jahr (17 vH).

Bei den laufenden Transferausgaben sind die 1982/83 beschlossenen Einsparungen zu spüren. Gemindert werden die Arbeitslosenunterstützung, der Rentenanstieg — über die „Aktualisierung“ der allge-

Steuereinnahmen des Staates

	1982	1983	1984
in Mrd. DM			
Direkte Steuern 1)	193,5	200,5	212
Lohnsteuer	123,4	130	140
Einkommensteuer	30,6	28	29
Körperschaftsteuer	21,5	22,5	24
Vermögensteuer	5,0	5	5
Sonstige direkte Steuern	13,0	14,5	13,5
Indirekte Steuern 1)	201,8	215,5	228
Steuern vom Umsatz	97,7	106,5	115
Gewerbesteuer	26,1	26	27,5
Tabaksteuer	12,2	14	14,5
Branntweinsteuer	4,3	4	4,5
Mineralölsteuer	22,8	23,5	24
Kfz-Steuer	6,7	7	7
Sonstige indirekte Steuern	32,0	34,5	35,5
Steuern insgesamt	395,3	415,5	440
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr			
Direkte Steuern 1)	2,7	3,5	6
Lohnsteuer	5,9	5,5	7,5
Einkommensteuer	-7,1	-8	3
Körperschaftsteuer	6,5	5,5	6
Vermögensteuer	6,2	-2	6
Sonstige direkte Steuern	-7,1	12,5	-6
Indirekte Steuern 1)	1,9	6,5	6
Steuern vom Umsatz	-0,1	9	8
Gewerbesteuer	0,2	2	4,5
Tabaksteuer	8,5	14,5	3,5
Branntweinsteuer	-4,5	-2,5	5
Mineralölsteuer	3,0	2	2
Kfz-Steuer	1,5	4,5	3
Sonstige indirekte Steuern	7,7	7	3
Steuern insgesamt	2,3	5	6
1) Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung; Aufteilung nach Steuerarten kassenmäßig.			
<u>Quellen:</u> 1982 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des Bundesministeriums der Finanzen, 1983 Schätzungen des DIW, 1984 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsrate gerundet.			

Das Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden wird 1984 mit über 6 vH stärker zunehmen als im letzten Jahr (knapp 5 vH). Zwar wird das Steuerentlastungsgesetz (Senkung der Vermögensteuer und Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten) das Steueraufkommen um 2,5 Mrd. DM schmälern. Diese Ausfälle werden aber mehr als kompensiert durch die Mehreinnahmen in der ersten Jahreshälfte, die aus der Mehrwertsteuererhöhung zum 1.7.1983 herrühren. Die Expansion des Steueraufkommens wird in erster Linie von der Entwicklung der Lohnsteuer getragen (7,5 vH); dabei ist unterstellt, daß die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer stagnieren wird und die Tarifabschlüsse ähnlich ausfallen wie im vorigen Jahr. Auch bei den Gewinnsteuern ist erstmals wieder mit einem Zuwachs zu rechnen, wenngleich die Auszahlung der befristeten Investitionszulage das Aufkommen verstärkt verringern wird. Auch die weiter steigenden Erstattungen an Arbeitnehmer kürzen die Kasseneinzüge bei der Einkommensteuer. Insgesamt dürften die gewinnabhängigen Steuern um 2,5 vH zunehmen.

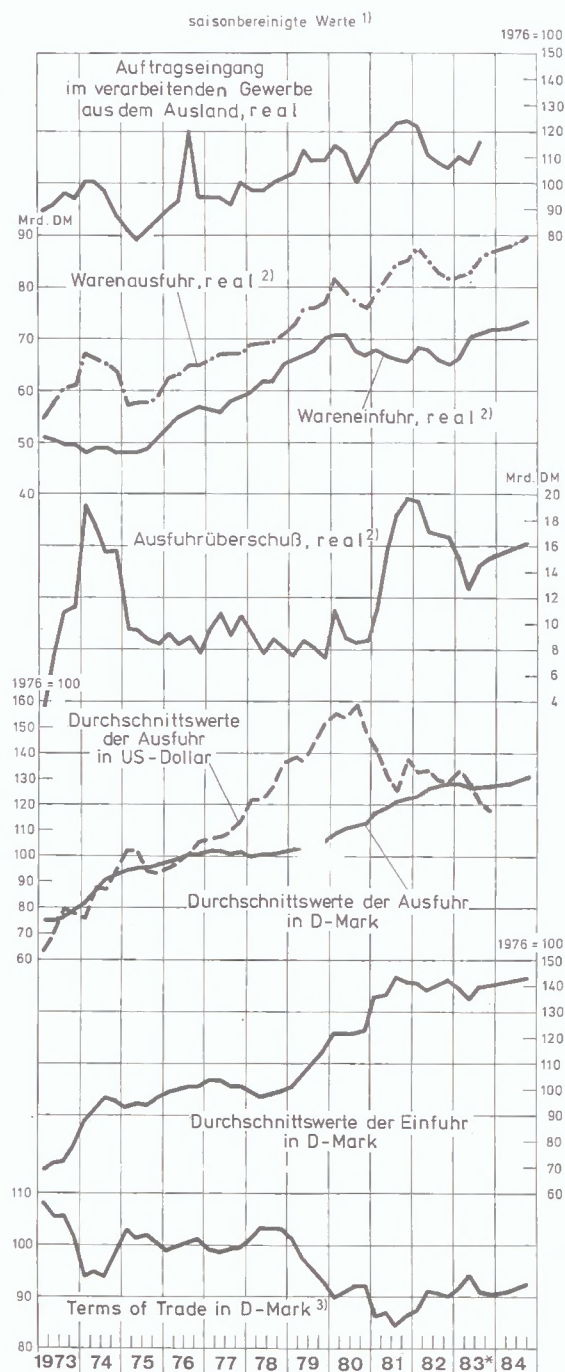
Die Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung und die konjunkturelle Erholung werden nochmals zu einem kräftigen Plus bei der Umsatzsteuer führen (8 vH). Sehr viel geringer wird hingegen der Anstieg bei den speziellen Verbrauchsteuern sein (3 vH), da hier die Bemessung im wesentlichen auf Mengen basiert.

Die Sozialbeiträge werden auch wegen der Einbeziehung der Einmalzahlungen und des Krankengelds in die Beitragspflicht um knapp 4 vH zunehmen. Die übrigen Einnahmen des Staates (Erwerbseinkünfte, Gebühren u.ä.) werden nur wenig expandieren; die Gewinnabführung der Bundesbank dürfte eine Größenordnung von 10 Mrd. DM (1983: 11 Mrd. DM) erreichen.

Schon 1983 sind die Defizite von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung merklich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Bei der Bundesanstalt für Arbeit wurde das erwartete Defizit um knapp 3 Mrd. DM unterschritten. Noch stärker werden die Konsolidierungsbemühungen in diesem Jahr zu Buche schlagen; die Deckungslücke reduziert sich auf 38 Mrd. DM (1983: 50 Mrd. DM). Die Bundesanstalt für Arbeit wird aller Voraussicht nach ohne einen Defizit auskommen. Die Rentenversicherungsträger indes werden ihre Rücklagen mit knapp 3 Mrd. DM in Anspruch nehmen müssen. Überschüsse werden sich — trotz Senkung der Beiträge — bei der gesetzlichen Krankenversicherung und bei den sonstigen öffentlich-rechtlichen Institutionen der Alterssicherung ergeben. Die Sozialversicherungsträger insgesamt werden einen Überschuß in Höhe von knapp 4 Mrd. DM erzielen; 1983 waren ihre Haushalte ausgeglichen. Die Defizite von Bund, Ländern und Gemeinden werden eine Größenordnung von 42 Mrd. DM erreichen. Gemessen an den primären Nachfrageimpul-

meinen Bemessungsgrundlage — sowie das Mutter-schaftsgeld. Insgesamt werden die laufenden Übertragungen an die privaten Haushalte mit 2 vH noch schwächer als im Vorjahr (2,5 vH) zunehmen; die Vermögensübertragungen werden wegen der Einschränkungen bei der Sparförderung weiter zurückgehen. Auch die Transfers an die Unternehmen dürften weniger stark steigen; Subventionen und Vermögensübertragungen werden zusammen mit 5 vH expandieren, die Investitionszulage schlägt dabei mit über 2 Mrd. DM zu Buche (1983: 1,3 Mrd. DM).

INDIKATOREN ZUM AUSSENHANDEL DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



¹⁾Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren. — ²⁾Spezialhandel, in Preisen von 1976. Zusätzlich arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾Terms of Trade auf Basis der Durchschnittswerte. —

*Ab 4. Quartal 1983 Vorausschätzung des DIW.

DIW 84

sen wirkten 1983 kontraktive Einflüsse in Höhe von 10 Mrd. DM (einschl. Zinsausgaben) bzw. 17 Mrd. DM (ohne Zinszahlungen); in diesem Jahr gehen vom Staat verstärkte Dämpfungseffekte auf die Gesamtwirtschaft in der Größenordnung von 15 bzw. 20 Mrd. DM aus; sekundäre Effekte (Multiplikatorwirkungen) sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Export wirkt konjunkturstützend

Die Ausfuhr wird im Jahre 1984 die gesamtwirtschaftliche Erholung stützen und dabei die von der Finanzpolitik ausgehende Restriktion weitgehend ausgleichen. Das Expansionstempo dürfte im Jahresdurchschnitt etwa dem des Welthandels entsprechen. Grundlage des Exportanstiegs ist die — insgesamt langsame — Konjunkturerholung in den westlichen Industrieländern. Bei wichtigen Handelspartnern in der EG, vor allem Frankreich und Italien, wird die wirtschaftliche Erholung nur gering sein. Dies steht einer zügigen Expansion der Warenausfuhr entgegen. Die weiterhin günstige Wettbewerbsposition wird es aber ermöglichen, insbesondere im Dollarraum Marktanteile zu gewinnen.

Die konjunkturelle Nachfragebelebung in den Industrieländern kommt zunehmend auch den Investitionsgüterproduzenten in der Bundesrepublik zugute. Aus den OPEC-Ländern sowie den übrigen Entwicklungsländern ist allenfalls mit leicht steigender Nachfrage zu rechnen. Devisenmangel wird hier auch im Jahr 1984 die Importe bremsen; das gilt ebenso für die Einfuhren der Staatshandelsländer.

Anlageinvestitionen nehmen weiter zu

Anders als im vergangenen Jahr, als Ausrüstungsinvestitionen und Bauinvestitionen gleichermaßen durch staatliche Maßnahmen angeregt worden sind, hängt der weitere Verlauf bei den *Ausrüstungsinvestitionen* allein von der originären Investitionsneigung der Unternehmen ab. Ihre Entwicklung wird auf jeden Fall nicht ganz stetig sein, denn nach dem mit dem Ablauf der Auslieferungsfrist Ende vorigen Jahres verbundenen Schub wird es zunächst wohl eine Niveauekorrektur nach unten geben. Die Entwicklung des inländischen Auftragseingangs bei den Herstellern von Investitionsgütern Ende vergangenen Jahres deutet jedoch auf eine höhere Investitionsneigung hin, als sie vor dem Beginn der staatlichen Investitionsförderung zu verzeichnen war. Auch die Vergrößerung der Gewinne und der Anstieg der Kapazitätsauslastung in vielen Sektoren der Volkswirtschaft machen es wahrscheinlich, daß es im weiteren Jahresverlauf wieder zu einer Erhöhung der realen Ausrüstungsinvestitionen kommt. In die gleiche Richtung wirkt die verbesserte Exportkonjunktur. Im Jahresdurchschnitt

Außenbeitrag
zu Preisen von 1976

	1982	1983	1984	1983		1984	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
in Mrd. DM							
Ausfuhr	420,1	416,5	434,5	204,7	212	215	219,5
Waren	336,6	336,5	353,5	165,4	171,5	176	177
Dienstleistungen	83,5	80	81	39,3	40,5	39	42,5
abzüglich: Einfuhr	362,8	365	375,5	179,3	186	186,5	189
Waren	266,6	277	288	135,6	141	143,5	144
Dienstleistungen	96,3	88	87,5	43,7	44,5	43	45
Außenbeitrag	57,2	51,5	59	25,4	26	28,5	30,5
Waren	70,0	60	65,5	29,8	30	32,5	33
Dienstleistungen	-12,8	-8,5	-6,5	-4,4	-4	-4	-2,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Ausfuhr	3,7	-1	4,5	-2,4	1	5	3,5
Waren	3,7	0	5	-2,9	3	6,5	3,5
Dienstleistungen	3,6	-4,5	1,5	-0,5	-7,5	-1,5	4
abzüglich: Einfuhr	0,8	0,5	3	-2,3	3,5	4	1,5
Waren	0,2	4	4	-0,1	8	6	2
Dienstleistungen	2,3	-8,5	-0,5	-8,8	-8	-1,5	0,5
<u>Quellen:</u> 1982 und erstes Halbjahr 1983 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1983 Schätzungen des DIW; 1984 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsdaten gerundet.							

wird die Investitionszunahme aber wohl schwächer ausfallen als im vergangenen Jahr.

Anders als bei den Ausrüstungen dürfte es bei den realen *Bauinvestitionen* im laufenden Jahr zu einer Beschleunigung des Zuwachses kommen. Wohnungsbau und Wirtschaftsbau werden auch in diesem Jahr durch finanzpolitische Maßnahmen angeregt. Beim Wohnungsbau dürfte der begrenzte Abzug von Schuldzinsen über die schon früher beschlossenen Maßnahmen hinaus anregend wirken, und das Auslaufen der Mehrwertsteueroption bei Bauherrenmodellen am Ende dieses Jahres wird zu einer Beschleunigung der Bautätigkeit beitragen. Hinzu kommt, daß der soziale Wohnungsbau verstärkt werden soll. Diese Einflüsse lassen erwarten, daß die realen Wohnungsbauinvestitionen im Durchschnitt dieses Jahres (mit 6 vH) noch etwas stärker steigen als im Vorjahr. Der Wirtschaftsbau wird auch im laufenden Jahr von der befristeten Investitionszulage begünstigt. Da hier der Termin der Fertigstellung das Jahresende 1984 ist, werden die aufgrund dieser Regelung erteilten Aufträge an die Bauwirtschaft im Jahresverlauf beschleunigt abgewickelt werden müssen. Das Tempo des Investitionszuwachses dürfte sich dabei, verglichen mit 1983, auf 4 vH im Jahresdurchschnitt verdoppeln.

Eine insgesamt noch bessere Entwicklung der realen Bauinvestitionen wird durch die sich auch 1984

fortsetzende restriktive Investitionspolitik des Staates verhindert. Realistisch erscheint die Annahme einer Stagnation auf dem im letzten Jahr erreichten sehr niedrigen Niveau. Denn selbst wenn der Bund entsprechend seinen Plänen seine eigenen realen Anlageinvestitionen erhöhen sollte, steht dem noch immer die Finanznot der Gemeinden gegenüber: Wegen nur spärlich fließender Einnahmen und steigender Belastungen mit anderen Ausgaben, nicht zuletzt für Sozialhilfe, sowie reduzierter Investitionszuweisungen von den Ländern werden sie wohl weitere Einschränkungen ihrer Investitionen vornehmen.

Insgesamt werden die Bauinvestitionen einen nicht unerheblichen Beitrag zum Fortgang der konjunkturellen Erholung im Verlauf dieses Jahres leisten; sie dürften um 4 vH höher ausfallen als im vergangenen Jahr. Dennoch werden die Unternehmen der Bauwirtschaft noch über freie Kapazitäten verfügen und mit ihren Preisforderungen — im Vergleich zu früheren Perioden mit steigender Nachfrage — vorsichtig sein. Die in der Prognose angenommene Beschleunigung des Anstiegs der Baupreise (3,5 vH; 1983: 1,5 vH) wäre angesichts des erheblichen Drucks auf die Gewinne in den letzten Jahren als moderat anzusehen.

Nur leichte Erhöhung des privaten Verbrauchs

Die Entwicklung des privaten Verbrauchs wird wieder mehr von der Einkommensentwicklung bestimmt

Quellen: 1982 und erstes Halbjahr 1983 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1983 Schätzungen des DIW; 1984 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.

Finanzierung der Bruttoinvestitionen der Unternehmen

	1982	1983	1984	1983		1984	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
in Mrd. DM							
Fremdmittel	57,3	51	58,5	21,1	30	28,5	30
Private Haushalte	119,2	107	108	53,3	54	54,5	53,5
Staat	-55,3	-50,5	-38	-26,5	-24	-21	-17
Übrige Welt	-6,6	-5,5	-11,5	-5,7	0	-4,5	-6,5
Eigenmittel	230,2	262,5	281,5	123,2	139,5	132	149,5
Abschreibungen	189,5	198,5	210,5	97,7	101	103,5	107
Nichtentnommene Gewinne	1,3	18,5	21,5	5,9	12,5	6	15
Saldo der Vermögensübertragungen	39,4	45,5	49,5	19,6	26	22	27,5
Bruttoinvestitionen	287,4	313,5	340	144,4	169,5	160,5	179,5
Anlageinvestitionen	280,2	300	325	136,7	163	148	177
Vorratsveränderung	7,2	14	14,5	7,7	6	12,5	2,5
Nachrichtlich:							
Selbstfinanzierungsquote in vH	80,1	83,5	83	85,4	82,5	82	83,5
Veränderung in Mrd. DM gegenüber Vorjahr							
Fremdmittel	-22,1	-6	+7,5	-15,1	+9	+7,5	-0
Private Haushalte	-2,7	-12	+0,5	-7,6	-4,5	+1	-0,5
Staat	+4,3	+5	+12,5	-1,6	+6,5	+5,5	+7
Übrige Welt	-23,8	+1	-6	-5,9	+7	+1	-6,5
Eigenmittel	+23,8	+32,5	+19	+21,2	+11	+8,5	+10,5
Abschreibungen	+11,4	+9	+12	+4,2	+5	+6	+6
Nichtentnommene Gewinne	+10,5	+17,5	+2,5	+14,8	+2,5	+0	+2,5
Saldo der Vermögensübertragungen	+2,0	+6	+4	+2,2	+4	+2,5	+1,5
Bruttoinvestitionen	+1,7	+26	+26	+6,1	+20	+16	+10
Anlageinvestitionen	-5,8	+19,5	+25,5	+6,3	+13,5	+11,5	+14
Vorratsveränderung	+7,5	+6,5	+1	-0,2	+7	+4,5	-4
<u>Quellen:</u> 1982 und erstes Halbjahr 1983 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1983 Schätzungen des DIW; 1984 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte gerundet.							

werden. Obwohl mit den vielen Umverteilungsmaßnahmen, die zur Verringerung des öffentlichen Defizits beschlossen wurden, den privaten Haushalten Kaufkraft in Höhe von rund 15 Mrd. DM entzogen wird, werden die verfügbaren Einkommen mit 4 vH nominal stärker expandieren als 1983.

Die Summe der Nettoarbeitseinkommen wird nach der Stagnation im Vorjahr um knapp 3 vH zunehmen. Die Verbesserung im Vergleich zum Vorjahr ist vor allem darauf zurückzuführen, daß das bezahlte Arbeitsvolumen nicht mehr sinkt. Die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge zu Jahresbeginn und die Einbeziehung von Einmalzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) in die Beitragspflicht zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung werden dazu führen, daß die Nettolohn- und -gehaltssumme in der ersten Jahreshälfte schneller und in der zweiten Jahreshälfte langsamer als die entsprechende Bruttogröße expandiert.

Ungünstiger als im Vorjahr werden sich die Transferzahlungen an private Haushalte entwickeln; sie

werden nur um knapp 2 vH steigen, obwohl der Kreis der Rentenbezieher wächst und die Arbeitslosenzahl nicht sinkt. Hier wirken sich die Sparbeschlüsse der Bundesregierung am empfindlichsten aus: Die „Aktualisierung“ der Rentenanpassung sowie die erneute Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Rentner zur Jahresmitte führen zu relativen, die Kürzungen beim Mutterschaftsgeld, der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe zu absoluten Einkommensverlusten bei den betroffenen Haushalten. Verstärkt expandieren dürften die entnommenen Gewinne, da sich die Gewinnsituation im Verlauf des Jahres 1984 weiter verbessern wird.

Die Sparquote wird im Jahresdurchschnitt nur geringfügig niedriger sein, zumal in diesem Jahr weniger prämienbegünstigte Sparverträge frei werden als im vorigen Jahr. In der zweiten Jahreshälfte könnte es jedoch zu einer erneuten Reduzierung kommen, da dann der Entzug von Kaufkraft durch die Konsolidierung verstärkt spürbar wird und die betroffenen Haushalte weniger sparen oder auf Ersparnisse zurückgrei-

Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland¹⁾
zu jeweiligen Preisen

	1982	1983	1984	1983		1984	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
in Mrd. DM							
Ausfuhr	535,6	537	572,5	262,9	274	281	292
Waren	424,5	428,5	459	210,4	218,5	227,5	232
Dienstleistungen	111,1	108	113,5	52,5	55,5	53,5	60
abzüglich: Einfuhr	497,6	500	528,5	242,3	257,5	260,5	268
Waren	365,4	376,5	401,5	182,4	194	199,5	202
Dienstleistungen	132,3	123,5	127	60,0	63,5	61	66
Außenbeitrag	38,0	37	44	20,5	16,5	20	24
Waren	59,2	52	57,5	28,0	24	27,5	30
Dienstleistungen	-21,2	-15,5	-13,5	-7,5	-8	-7,5	-6
Saldo der Übertragungen	-31,4	-31,5	-32,5	-14,8	-16,5	-15,5	-17
Leistungsbilanzsaldo	6,6	5,5	11,5	5,7	0	4,5	6,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Ausfuhr	8,0	0,5	6,5	-1,0	1,5	7	6,5
Waren	8,2	1	7	-1,5	3,5	8	6
Dienstleistungen	7,3	-2,5	5	1,5	-6	2	7,5
abzüglich: Einfuhr	3,1	0,5	5,5	-3,2	4	7,5	4
Waren	2,2	3	6,5	-1,8	8	9,5	4
Dienstleistungen	5,6	-6,5	3	-7,1	-6,5	1,5	4

1) Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Quellen: 1982 und erstes Halbjahr 1983 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1983 Schätzungen des DIW; 1984 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.

fen werden, um ihren Lebensstandard nicht entsprechend einschränken zu müssen. Bei weiter abgeschwächtem Preisanstieg werden 1984 die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und der private Verbrauch um 1 vH höher sein als im Vorjahr. Insgesamt werden also die von der Konsumnachfrage kommenden Impulse nur schwach ausfallen, das Verbrauchsvolumen wird nur etwa halb so schnell wie die gesamtwirtschaftliche reale Nachfrage expandieren. Dabei ist zu erwarten, daß die Nachfrage der privaten Haushalte weiterhin sehr differenziert verläuft. Wie 1983 werden vor allem wieder Autos hoch in der Verbrauchergunst stehen. Mit der vermehrten Fertigstellung von Wohnungen und Eigenheimen werden aber auch zunehmend Möbel, Hausrat, Textilien u.ä. gekauft werden.

Einfuhranstieg bleibt verhalten

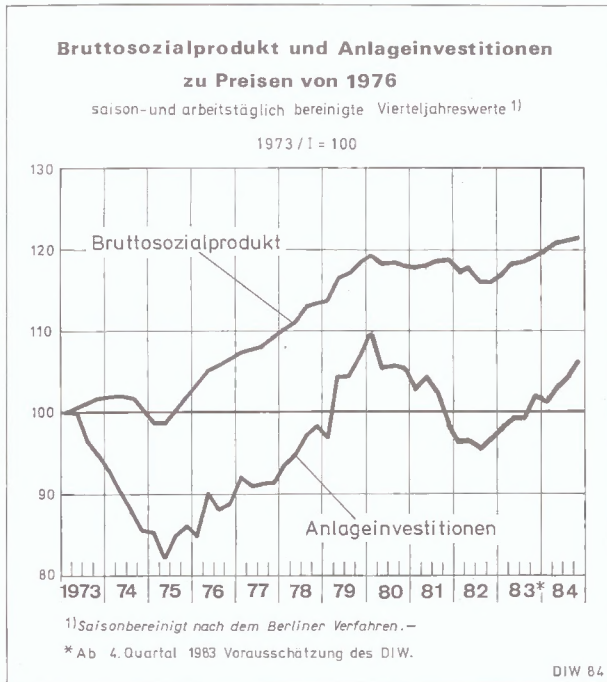
Die reale Wareneinfuhr, die im letzten Jahr von ausgeprägten Lagerdispositionen stimuliert worden ist, wird 1984 nur mit mäßigem Tempo zunehmen. Der Verlauf wird weitgehend von der Produktion bestimmt, die nur langsam steigen wird. Daher bleiben die Bezüge von industriellen Vorprodukten, insbesondere die von Energieträgern, gedrückt. Auch der Wett-

bewerbsvorteil der deutschen Produzenten und der nur wenig expandierende private Verbrauch dürften den Import von Fertigwaren bremsen. Die Einfuhren von Fertigwaren-Enderzeugnissen werden daher nur langsam zunehmen. Insgesamt wird das Anstiegs-tempo bei den Einfuhren geringer sein als bei den Ausfuhren; der reale Außenbeitrag, der 1983 gesunken war, dürfte sich deutlich erhöhen.

Die Erhöhung der Einfuhrpreise wird bei nur schwach steigenden Weltmarktpreisen für Industrierohstoffe gering sein. Die Terms of Trade werden sich im Durchschnitt des Jahres 1984 gegenüber 1983 kaum verändern. Der nominale Außenbeitrag wird daher etwa im Ausmaß der preisbereinigten Entwicklung der Außenhandelsströme zunehmen (rund 7 Mrd. DM). Damit wird sich der Leistungsbilanzüberschuß ebenfalls erhöhen.

Bruttosozialprodukt steigt weiter

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im Durchschnitt dieses Jahres um 2 bis 2,5 vH steigen. Bei einem Überhang von 1 vH zur Jahreswende bedeutet dies eine Abschwächung im Jahresverlauf: Der Anstieg vom 4. Quartal 1983 zum 4. Quartal dieses Jahres dürfte 2 vH betragen.



Es stellt sich die Frage, ob diese Quantifizierung des Wirtschaftswachstums nicht zu pessimistisch ist. Von vielen Seiten wird mit dem Hinweis auf die zuletzt recht günstigen konjunkturellen Indikatoren ein stärkerer Anstieg für wahrscheinlich gehalten. Zu bedenken ist aber, daß diese günstigen Tendenzen, insbesondere beim Auftragseingang aus dem Ausland und bei den Inlandsbestellungen von Investitionsgütern, erforderlich gewesen sind, um einmal die Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den Sommermonaten zu überwinden und zum anderen beim realen Export im Jahresdurchschnitt 1983 wenigstens der Null-Linie nahezukommen. Die Daten begründen also nicht notwendigerweise eine günstigere Prognose für dieses Jahr. Hinzu kommt, daß die Konsolidierungsbestrebungen der Finanzpolitik die konjunkturelle Erholung noch stärker belasten werden; denn bisher wirksame finanzpolitische Anregungen entfallen, und die Konsolidierung wird nach den Haushaltsplänen noch schärfer als im vergangenen Jahr durchgeführt. Unter diesen Bedingungen spricht viel dafür, daß sich der Anstieg des realen Sozialprodukts im Jahresverlauf abschwächt, statt sich zu beschleunigen.

Anhaltend geringer Anstieg des Produktionspotentials

Erstmals nach zwei Jahren rückläufiger Investitionstätigkeit nahmen 1983 die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen wieder zu (4,5 vH). Dieser Anstieg reichte allerdings nicht aus, den Rückgang in den Jahren 1981 und 1982 zu kompensieren. Das Investitionsvolumen lag 1983 immer noch um mehr als

Kennziffern für die Entwicklung des Produktionspotentials im Unternehmensbereich ¹⁾

Veränderungen in vH gegenüber Vorjahr

	1981	1982	1983	1984
Brutto-Anlageinvestitionen	-2,5	-5,1	4,5	4
Brutto-Anlagevermögen ²⁾	3,7	3,1	2,8	2,9
Kapitalkoeffizient	1,2	1,6	1,7	1,6
Produktionspotential	2,5	1,5	1,1	1,2
Bruttowertschöpfung	-0,5	-1,1	1,3	2,5
Bruttowertschöpfung in vH des Produktionspotentials ³⁾	91,8	89,4	89,6	90,8

1) Ohne Wohnungsvermietung. — 2) Jahresdurchschnittswerte. —

3) Letztes Maximum 1979: 95,8; letztes Minimum 1975: 87,5.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu Preisen von 1976; DIW-Vermögens- und Potentialrechnung (Neuberechnung im Rahmen der Strukturberichterstattung).

3 vH unter dem Wert im Jahre 1980. Das Bruttoanlagevermögen nahm daher abermals weniger zu als im Vorjahr. Besonders gering war die Investitionstätigkeit in Wirtschaftsbereichen mit vergleichsweise hoher Kapitalproduktivität. Der durchschnittliche Kapitalkoeffizient ist daher seit 1982 mit Raten um 1,6 vH wieder stärker gestiegen. Die Zuwachsrate des Produktionspotentials sank 1983 auf rund 1 vH, den niedrigsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik. Bei einem gleichstarken Anstieg der Bruttowertschöpfung des Unternehmensbereichs blieb der Auslastungsgrad des Produktionspotentials auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres.

Mit dem für 1984 erwarteten Investitionsanstieg im Unternehmensbereich von gut 4 vH wird sich bei unveränderter Entwicklung des Kapitalkoeffizienten das Wachstum des Produktionspotentials nur geringfügig beschleunigen. Die mit einer Rate von 2,5 vH stärker zunehmende Produktionstätigkeit des Unternehmensbereichs wird zu einer Erhöhung des Auslastungsgrades auf knapp 91 vH führen. Dies ist zwar gut ein Prozentpunkt mehr als 1983, liegt aber deutlich unter der Kapazitätsauslastung von 1979 (knapp 96 vH).

Konjunkturelle Erholung erfaßt mehr Gewerbezweige

Im verarbeitenden Gewerbe wird sich die konjunkturelle Erholung 1984 fortsetzen. Allerdings wird der Anstieg der Produktion im Verlauf des Jahres schwächer werden. Das Produktionsvolumen wird um 3 vH höher sein als 1983. Im Unterschied zu 1983 wird die überwiegende Zahl der Gewerbezweige von der allgemeinen konjunkturellen Erholung profitieren. In wichtigen Grundstoffindustrien, wie den Ziehereien und Kaltwalzwerken, der NE-Metallindustrie, der Gummiverarbeitung wird die allmähliche Erholung der inländischen Nachfrage zu einer Festigung des Bele-

Entwicklung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

	1982	1983	1984
Nettoproduktion ¹⁾ .			
Bergbau	-1,6	-6	-4
Verarbeitendes Gewerbe	-2,5	0,5	3
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	-5,4	2	3
Investitionsgüter prod. Gewerbe	-0,7	0	3,5
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	-3,5	1,5	3
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	-2,2	1	2
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	-2,5	0,5	3
Weitere Kennziffern			
Beschäftigte Personen	-3,7	-4	-1
Arbeitszeit	-0,6	0,5	1
Arbeitsvolumen	-4,0	-3,5	0
Produktivität	1,8	4,5	3
Lohnsumme	0,7	-1,5	3
Effektiver Lohnsatz	5,1	3	3
Lohnstückkosten	3,3	-1,5	0
Reale Brutto-Anlageinvestitionen	-6	4	3
Produktionspotential	0,8	0,7	0,6
Auslastungsgrad 2)	87	87	89

1) Kalendermonatlich, 1976 = 100. - 2) Effektive in vH der potentiellen Produktion.

Quellen: 1982 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des DIW; 1983 Schätzung des DIW; 1984 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

bungsprozesses führen. Der Maschinenbau, der das Jahr 1983 als sein schwerstes Nachkriegsjahr bezeichnet, registriert steigende Auftragseingänge aus dem Inland wie dem Ausland. Nach einem erheblichen Produktionsrückgang im vorigen Jahr wird der Maschinenbau 1984 wieder deutlich expandieren. Belebende Wirkungen werden vom Maschinenbau wie von der Elektrotechnik auf eine Reihe mit ihnen eng verflochtener anderer Gewerbezweige ausgehen. Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe wird das Produktionswachstum durch solche Gewerbezweige getragen, die Zulieferanten der von der Nachfrage begünstigten Wirtschaftszweige sind. Dazu zählen die Herstellung und Verarbeitung von Glas, hier insbesondere Flachglas (bau- und automobilabhängig), und besonders die Hersteller von Kunststoffwaren.

Beschäftigtenzahl stagniert

Schon Ende vergangenen Jahres ist in der Gesamtwirtschaft der Rückgang der Beschäftigtenzahl zum Stillstand gekommen. Eine umfassende Stabilisierung der Beschäftigtenzahl in den Wirtschaftszweigen wurde damit aber nicht erreicht. Vielmehr standen Beschäftigungssteigerungen in einigen Zweigen, wie der Bauwirtschaft und der Automobilindustrie, in anderen Zweigen noch immer Verminderungen gegenüber. Differenzierung dürfte auch für die Entwicklung der Beschäftigtenzahl in diesem Jahre kennzeichnend bleiben; insgesamt wird sich die Beschäftigung

bei der prognostizierten Entwicklung der Produktion 1984 nur wenig ändern.

Was sich dabei für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ergibt, ist nur mit großer Unschärfe vorauszuschätzen: Der demographisch bedingte Anstieg der Zahl deutscher Erwerbspersonen wird sich fortsetzen; für sich allein gesehen spricht dies für eine weitere Erhöhung der Zahl der registrierten Arbeitslosen. Doch ist es im vergangenen Jahr zu einer Umkehr des Wanderungssaldos bei den ausländischen Erwerbspersonen gekommen; die Fortzüge haben die Zuzüge übertroffen. Dies hat — möglicherweise begleitet von einer starken Zunahme der stillen Reserve am Arbeitsmarkt — zur Stabilisierung der Arbeitslosenzahl auf einem Niveau von zuletzt saisonbereinigt rund 2,3 Mill. Personen beigetragen. Wanderungssaldo der ausländischen Erwerbsbevölkerung und Veränderungen der stillen Reserve sind schwer prognostizierbar. Hier wird angenommen, daß sich die Tendenzen, die sich im letzten Jahr gezeigt haben, 1984 fortsetzen. Dabei wird die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt dieses Jahres knapp 2,3 Millionen betragen, also kaum höher sein als im vorigen Jahr. Wahrscheinlich ist — saisonbereinigt — ein geringer Anstieg im Jahresverlauf. Die Zahl der Kurzarbeiter wird niedriger sein als im vergangenen Jahr, insbesondere weil sich in einigen Zweigen der Investitionsgüterindustrie die Beschäftigungslage bessert; ein noch immer vergleichsweise hohes Niveau der Kurzarbeit wird sich indes wegen der anhaltend düsteren ökonomischen Situation der Krisenbranchen ergeben.

Weitgehend stabile Preise

Bei der insgesamt nur schwach expandierenden realen Gesamtnachfrage, die weiterhin zu einem intensiven Wettbewerb zwischen den Anbietern führen wird, ist mit einem anhaltend ruhigen Preisklima zu rechnen. Läßt die Bundesbank eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge in der Mitte des Zielkorridors zu, d.h. etwa in dem Tempo, mit dem dieses Aggregat schon seit Jahresmitte 1983 steigt, sind auch von der monetären Seite her die Möglichkeiten, Preise ohne Mengeneinbußen zu erhöhen, sehr begrenzt. Schöpfen die Anbieter die innerhalb dieser Grenzen liegenden Möglichkeiten aus, ergibt sich dennoch ein Spielraum für Preiserhöhungen, der größer ist als der zu erwartende Anstieg der Lohnstückkosten. Trotz eines nur geringen Preisanstiegs bestehen somit Möglichkeiten zur Vergrößerung der Gewinnspannen, die zur Stabilisierung der Investitionsneigung erforderlich ist. Für die Verbraucherpreise wird in dieser Prognose mit einem Anstieg von 3 vH gerechnet; das ist der gleiche jahresdurchschnittliche Zuwachs wie im vergangenen Jahr. In der laufenden Entwicklung wird die Preiserhöhung indes schwächer sein, als es diese Ra-

Arbeitsmarkt¹⁾

	1982	1983	1984	1983		1984	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
in 1 000 Personen							
Erwerbspersonen	27 455	27 425	27 445	27 414	27 435	27 415	27 475
Erwerbstätige	25 622	25 165	25 165	25 082	25 245	25 050	25 280
Abhängig Beschäftigte	22 387	21 940	21 955	21 856	22 020	21 835	22 070
Selbständige u. mith. Familienangeh.	3 235	3 225	3 215	3 226	3 225	3 215	3 210
Arbeitslose	1 833	2 260	2 280	2 332	2 190	2 365	2 195
Nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote in vH	7,6	9,5	9,5	9,6	9	10	9
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Erwerbspersonen	0,3	-0	0	0,0	-0	0	0
Erwerbstätige	-1,9	-2	0	-2,1	-1,5	-0	0
Abhängig Beschäftigte	-2,1	-2	0	-2,4	-1,5	-0	0
Selbständige u. mith. Familienangeh.	-0,6	-0,5	-0,5	-0,4	-0	-0,5	-0,5

1) Inländerkonzept.
Quellen: 1982 und erstes Halbjahr 1983 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und der Bundesanstalt für Arbeit; zweites Halbjahr 1983 Schätzungen des DIW; 1984 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.

te ausdrückt, denn in den ersten Monaten dieses Jahres ergibt sich wegen eines Basiseffekts — zu Beginn vorigen Jahres sind die Verbraucherpreise saisonbereinigt leicht zurückgegangen — im Vorjahresvergleich eine Vergrößerung der Anstiegsrate. Im zweiten Halbjahr dieses Jahres wird die Inflationsrate nur noch reichlich 2 vH betragen.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird in diesem Jahre weiter steigen und im Jahresdurchschnitt das 1981 verlassene, bisher höchste Niveau vom Jahre 1980 übertreffen. Dies als neuen Produktionsrekord zu feiern, wäre jedoch verfehlt: Für den langen Zeitraum von 1980 bis 1984 wird der gesamte Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts nur 2 vH betragen; das Wachstumstempo in den letzten vier Jahren hat sich also auf 0,5 vH pro Jahr reduziert. Das schwache Tempo der Erholung deutet darauf hin, daß mittelfristige Wachstumsschwäche wohl noch für einige Zeit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung kennzeichnen wird. Ein Abbau der Arbeitslosigkeit ist auch für dieses Jahr nicht zu erwarten, und selbst wenn in den kommenden Jahren die Produktionssteigerungen größer werden sollten, wird die Arbeitslosigkeit unerträglich hoch bleiben.

Dies wird auch von der Bundesregierung so gesehen. Dennoch steht die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nach wie vor im Vordergrund der finanzpolitischen Bestrebungen. Mit dem Bundeshaushalt 1984 und den Maßnahmen in den Haushaltsbe-

gleitgesetzen wird der finanzpolitische Druck auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage weiter vergrößert. Nimmt man hinzu, daß die Anregung der befristeten Investitionszulage auf die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr nicht mehr wirkt, so ergibt sich eine deutliche Zunahme der von der Finanzpolitik ausgehenden Restriktionswirkungen. Zwar werden diese gesamtwirtschaftlich durch die nun wieder steigenden Exporte soweit kompensiert, daß sich auch für 1984 ein Anstieg der Produktion abzeichnet. Dieser Anstieg könnte jedoch bei einer weniger einseitigen Orientierung der Finanzpolitik größer ausfallen, so daß auch am Arbeitsmarkt eine Wende herbeigeführt würde. Die weithin akzeptierte Erkenntnis, daß das Problem der Arbeitslosigkeit gegenwärtig drückender ist als andere wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitische Probleme, blieb erneut ohne Konsequenzen.

Bedenklich stimmt aber nicht nur die Drosselung des gesamtwirtschaftlichen Expansionstempos in diesem Jahr. Berechnungen mit dem ökonometrischen Modell der Wirtschaftsforschungsinstitute haben ergeben, daß die im Herbst 1983 beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen — auch unter Berücksichtigung der steuerlichen Entlastungen der Unternehmen durch Verbesserungen der Abschreibungsbedingungen und Erleichterungen bei der Vermögensteuer — 1985 noch schwerer wiegen werden als in diesem Jahr, in dem das volle Gewicht wegen der Wirkungsverzögerungen noch nicht spürbar wird. Die Berechnungen zeigen, daß aufgrund dieser verzögerten Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft zwar 1984 eine deutliche Verminderung des Defizits in den öffentli-

chen Haushalten erreicht wird, daß aber 1985 — über die negativen konjunkturellen Wirkungen der Maßnahmen — die Position der öffentlichen Haushalte nur noch geringfügig besser als ohne die Maßnahmen sein wird. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum wird nämlich über die Kreislaufzusammenhänge um etwa drei Viertel Prozentpunkte verlangsamt.

Hinzu kommt, daß 1984 wiederum von einem abgestimmten Verhalten der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger nicht gesprochen werden kann. Finanzpolitik und Geldpolitik wirken eher gegen- als miteinander, zu Lasten von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Zu fragen ist bei alledem heute schon, ob die Geldpolitik — zumal bei einem erneuten Anstieg der Zinsen in den USA — auch über dieses Jahr hinaus am potentialorientierten Kurs festhalten wird. Sollten außenwirtschaftliche Überlegungen bei Entscheidungen über die Geldpolitik wieder stärker in den Vordergrund treten, würde sich das bisherige Gegeneinander von Geld- und Finanzpolitik in ein Miteinander auf gemeinsamer restriktiver Linie verwandeln. Zu fordern ist daher ein Kurs der Finanzpolitik, der den Nachfrageaspekten größeres Gewicht einräumt. Dies wäre nicht gleichzusetzen mit einem Verzicht auf weitere Konsolidierung. Diese könnte durch Kürzungen bei überflüssigen Subventionen und Steuervergünstigungen auch bei einer deutlichen Aufstockung investitionswirksamer Ausgaben durchaus weiter vorangebracht werden.

Das finanzpolitische Wirken in diesem Jahr ist indes durch Entscheidungen der Regierung und des Bundestages weitgehend vorgeprägt. Dennoch existieren wohl auch nach Meinung der Regierung noch gewisse finanzielle Spielräume: Eventuelle Mehreinnahmen aus Steuern (und dem Bundesbankgewinn) will sie für eine weitere Einschränkung der Kreditaufnahme nutzen. Richtiger wäre, mit solchen Mitteln eine Tendenzwende bei investitionswirksamen öffentlichen Ausgaben herbeizuführen. Dies kann geschehen, indem — über Finanzzuweisungen — die Mittel für dringende Investitionen der Gemeinden aufgestockt würden, aber auch durch eine Aufstockung von Förderungsmitteln in Wachstumsbereichen, in denen der Staat nur im Verbund mit der privaten Wirtschaft Impulse geben kann.

Die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen, zunächst einmal unabhängig von deren Form, werden immer dringlicher und auch verständlicher werden, je mehr die Wirtschaftspolitik auf eine aktive Beschäftigungspolitik verzichtet. Daß Arbeitszeitverkürzung in diesem Jahr als Thema noch vor den tariflichen Lohnanhebungen rangiert, hat gewiß mit den beschäftigungspolitischen Unterlassungen der letzten Jahre zu tun.

Werden bei einer Kürzung der Wochenarbeitszeit die Risiken berücksichtigt, die sich bei zu großen

Schritten oder einer unsachgemäßen Regelung des Lohnausgleichs für reale Nachfrage und Investitionsneigung ergeben könnten, so kann hiervon, wenn auch nicht kurzfristig, ein nennenswerter Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes erhofft werden, wie Modellrechnungen des DIW gezeigt haben¹. Eine wichtige Voraussetzung positiver Effekte einer Arbeitszeitverkürzung ist allerdings, daß die entsprechenden Vereinbarungen zwischen den Tarifpartnern ohne größere und längerdauernde Konflikte (Streiks) erreicht werden, so daß eine Belastung des gesamtwirtschaftlichen Klimas vermieden wird, die nicht ohne negative Rückwirkungen auch auf die Beschäftigung bliebe.

Mit der Entscheidung, für 1984 einen Zieltrichter mit laufenden Expansionsraten der Zentralbankgeldmenge von 4 bis 6 vH festzusetzen, knüpft die Bundesbank an den in den letzten Monaten beschrittenen geldpolitischen Pfad von 5 vH an. Die Bundesbank hat sich dabei für eine mittlere Lösung entschieden.

Auch bei einem steileren Zieltrichter — z.B. von 4 bis 7 vH, wie für 1983 — wären Zweifel an der Stabilitätspolitik der Bundesbank kaum gerechtfertigt. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die Zentralbankgeldmenge im Jahresdurchschnitt 1983 deutlich stärker gestiegen ist als die gesamtwirtschaftlichen Umsätze; die Relation zwischen der Geldmenge und dem nominalen Sozialprodukt hat selbst den bisherigen Rekordstand im Jahre 1978 erheblich überschritten. Niemand vermag jedoch einigermaßen zuverlässig anzugeben, inwieweit die im Vergleich zu den Umsätzen starke Zunahme der Geldmenge noch eine Normalisierung der — im Trend wachsenden — Liquiditätshaltung oder auch eine durch erhöhte Ungewißheit bedingte Risikovorsorge reflektiert und ob schon ein Inflationspotential entstanden sein könnte. Aber selbst wenn mit Sicherheit ein erheblicher Geldüberhang auszumachen wäre, müßte auf dessen forcierten Abbau verzichtet werden: Die Wirtschaft hat sich vermutlich schon so weit an die vergrößerten Geldbestände angepaßt, daß eine deutlich niedrigere Ausweitung der Geldmenge ebenfalls destabilisierend — in diesem Falle restriktiv auf Produktion und Beschäftigung — wirken würde. Unter diesen Umständen scheint die Fortsetzung der bisherigen geldpolitischen Linie sowohl unter wachstums- als auch unter stabilitätspolitischen Aspekten mit den geringsten Risiken verbunden zu sein.

¹ Vgl. Was bringt der Einstieg in die 35-Stunden-Woche? Zu den ökonomischen Auswirkungen einer schrittweisen Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit. Bearb.: Frank Stille und Rudolf Zwiener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 31/83.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1983 und 1984

	1982	1983	1984	1983		1984	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1.Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	-1,9	-2	0	-2,1	-1,5	-0	0
Arbeitszeit (arbeitsmäßig)	-0,4	0	0	-0,2	0,5	0	0
Arbeitstage	0,4	0	-0,5	0,7	-0,5	1	-1,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-1,9	-1,5	-0	-1,7	-1,5	1	-1
Produktivität 1)	0,8	2,5	2,5	1,5	3,5	1,5	3
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1976	-1,0	1	2	-0,2	2	2,5	2
2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	899,4	934,5	972,5	450,0	484,5	468,5	504
Staatsverbrauch	325,3	332,5	341	154,8	177,5	158,5	182,5
Anlageinvestitionen	327,9	344,5	371	155,8	189	167,5	203,5
Ausrüstungen	125,2	135,5	145	62,1	73,5	66	79,5
Bauten	202,7	209	226	93,7	115,5	101,5	124,5
Vorratsveränderung	7,2	14	14,5	7,7	6	12,5	2,5
Außenbeitrag	38,0	37	44	20,5	16,5	20	24
Ausfuhr	535,6	537	572,5	262,9	274	281	292
Einfuhr	497,6	500	528,5	242,3	257,5	260,5	268
Bruttosozialprodukt	1 597,7	1 662	1 743	788,8	873,5	826,5	916,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	3,0	4	4	3,5	4,5	4	4
Staatsverbrauch	2,2	2	2,5	1,5	3	2,5	3
Anlageinvestitionen	-3,1	5	7,5	3,0	7	7,5	8
Ausrüstungen	-2,7	8	7	6,6	9,5	6	8
Bauten	-3,3	3	8	0,6	5,5	8,5	7,5
Ausfuhr	8,0	0,5	6,5	-1,0	1,5	7	6,5
Einfuhr	3,1	0,5	5,5	-3,2	4	7,5	4
Bruttosozialprodukt	3,6	4	5	3,6	4,5	5	5
3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1976 a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	688,4	694,5	703	337,3	357	340,5	363
Staatsverbrauch	248,7	247,5	248	122,0	125,5	122	126
Anlageinvestitionen	247,0	255,5	266	116,6	139	121	145
Ausrüstungen	102,2	108	112,5	49,9	58	51,5	61
Bauten	144,8	147,5	154	66,7	81	70	84
Vorratsveränderung	5,4	12	13,5	7,4	4,5	12	1
Außenbeitrag	57,2	51,5	59	25,4	26	28,5	30,5
Ausfuhr	420,1	416,5	434,5	204,7	212	215	219,5
Einfuhr	362,8	365	375,5	179,3	186	186,5	189
Bruttosozialprodukt	1 246,6	1 261	1 289	608,7	652	624	665
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	-2,2	1	1	0,2	1,5	1	1,5
Staatsverbrauch	-1,1	-0,5	0	-1,1	0	0	0,5
Anlageinvestitionen	-5,4	3,5	4	1,9	5	4	4,5
Ausrüstungen	-6,6	5,5	4	4,1	7	3	5
Bauten	-4,5	2	4	0,4	3	4,5	4
Ausfuhr	3,7	-1	4,5	-2,4	1	5	3,5
Einfuhr	0,8	0,5	3	-2,3	3,5	4	1,5
Bruttosozialprodukt	-1,2	1	2	0,2	2	2,5	2

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1982	1983	1984	1983		1984	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1976 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	5,3	3	3	3,3	2,5	3	2,5
Staatsverbrauch	3,4	2,5	2,5	2,6	2,5	2,5	2,5
Anlageinvestitionen	2,5	1,5	3,5	1,0	2	3,5	3,5
Ausrüstungen	4,3	2,5	3	2,5	2,5	3	3
Bauten	1,3	1,5	3,5	0,2	2	3,5	3,5
Ausfuhr	4,2	1	2,5	1,5	0,5	1,5	3
Einfuhr	2,3	-0	3	-0,9	0,5	3,5	2
Bruttosozialprodukt	4,8	3	2,5	3,4	2,5	2	3
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd. DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	901,8	916	950	431,7	484,5	447,5	502,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	731,9	741	769,5	349,1	392	362,5	406,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	507,4	507	521	242,6	264,5	250,5	271
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	322,5	351	373	167,8	183	175,5	197,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	263,7	291	312	139,2	152	146,5	165,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	262,4	272,5	290,5	133,3	139	140,5	150
Nichtentnommene Gewinne	1,3	18,5	21,5	5,9	12,5	6	15
Volkseinkommen	1 224,3	1 267	1 323,5	599,5	667,5	623	700,5
Abschreibungen	200,3	210	222,5	103,4	106,5	109,5	113
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	173,1	185	197	85,9	99,5	94	103
Bruttosozialprodukt	1 597,7	1 662	1 743	788,8	873,5	826,5	916,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	2,3	1,5	3,5	1,0	2	3,5	4
Bruttolohn- und -gehaltsumme	2,1	1,5	4	0,8	1,5	4	3,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	0,8	-0	3	-0,0	-0	3	2,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	4,2	3,5	4	3,2	3,5	4	3,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	2,9	2	3	2,4	1,5	3,5	2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	6,2	9	6,5	11,3	6,5	4,5	8
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	7,5	10,5	7	13,2	8	5,5	9
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen 2)	3,1	4	6,5	1,1	6,5	5,5	8
Volkseinkommen	3,3	3,5	4,5	3,7	3,5	4	5
Abschreibungen	6,4	5	6	4,5	5	6	6
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	2,2	7	6,5	1,7	12	9,5	3,5
Bruttosozialprodukt	3,6	4	5	3,6	4,5	5	5
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte a) Mrd. DM							
Nettolohn- und -gehaltsumme	507,4	507	521	242,6	264,5	250,5	271
Empfangene laufende Übertragungen 3)	282,2	292,5	298	144,4	148,5	148	150
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	296,2	312,5	336,5	150,1	162,5	161	175,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	20,0	20	20,5	10,0	10	10	10,5
Geleistete laufende Übertragungen 4)	31,8	33	34	15,1	17,5	16	18
Verfügbares Einkommen	1 034,0	1 059,5	1 101,5	512,0	547,5	533,5	568
Privater Verbrauch	899,4	934,5	972,5	450,0	484,5	468,5	504
Ersparnis	134,6	125,5	129	62,0	63,5	65	64
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	13,0	12	11,5	12,1	11,5	12	11,5

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 56 **Möglichkeiten und Grenzen der Messung von Einflüssen der Umsatzkonzentration auf industrielle Kennziffern.** Eine empirische Analyse anhand ausgewählter Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1962 bis 1974. Von Rainer Pischner. 80 S. 1979. DM 39,80.
- Heft 57 **Ursachen für die Unterschiede in der Höhe der Versichertenrenten an Frauen und an Männer in der gesetzlichen Rentenversicherung.** Von Ellen Kirner. 135 S. 1980. DM 89,60.
- Heft 58 **Analyse und Prognose der Wohnungsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Klaus-Dietrich Bedau und Rudi Ulbrich. 161 S. 1980. DM 98,-.
- Heft 59 **Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials.** Von Manfred Melzer. 250 S. 1980. DM 124,-.
- Heft 60 **Die Bedeutung des strukturellen Wandels für die Beschäftigung.** Input-Output-Analysen der Beschäftigungswirkungen von Strukturveränderungen der Nachfrage 1962 bis 1976. Von Jochen Schmidt, Reiner Stäglin, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels. 69 S. 1980. DM 36,80.
- Heft 61 **Abschwächung der Wachstumsimpulse.** Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1980. 288 S. 1981. DM 58,-.
- Heft 62 **Berechnung des industriellen Brutto-Anlagevermögens in den EG-Ländern unter Anwendung einheitlicher Definitionen, Abgrenzungen und Verfahren.** Von Bernhard Seidel unter Mitarbeit von Inge Schweiger. 363 S. 1981. DM 156,80.
- Heft 63 **Triangulation und Blocktriangulation von Input-Output-Tabellen und ihre Bedeutung.** Von Hans Wessels. 124 S. 1981. DM 86,-.
- Heft 64 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung.** Von Bernd Bartholmai, Herwig Birg, Wolfgang Erfeld, Nikolai Lutzky, Horst Mentrup, Friedhelm Plogmann, Hans Joachim Schalk. Koordination: Wolfgang Kirner und Rainer Thoss. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 65 **Wertschöpfungsorientierte Umsatzsteuerpräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz (Berlin FG).** Erfolgskontrolle und Vorschläge zur Weiterentwicklung. Von Peter Ring. 276 S. 1981. DM 64,-.
- Heft 66 **Handel mit Entwicklungsländern und Beschäftigung in der Europäischen Gemeinschaft.** Eine vergleichende Analyse für sechs EG-Länder anhand aktueller Import- und Exportströme im Handel mit Industrieprodukten. Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Karin Hollmann. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 67 **Tarifpolitik und europäische Integration.** Von Bernhard Seidel. 176 S. 1981. DM 110,-.
- Heft 68 **Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975.** Von Henryk Bolik, Dieter Holsken, Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld, Norman Treinies, Dieter Wilken. Koordination: Heinz Enderlein und Hartmut Kuhfeld. 226 S. 1981. DM 112,-.
- Heft 69 **Staatliche Einflußnahme auf die Baunachfrage.** Eine Analyse für die Jahre 1965 bis 1980. Von Dieter Vesper. 262 S. 1981. DM 89,60.
- Heft 70 **Analyse und Projektion der Personenverkehrsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.** Von Rainer Hopf, Heilwig Rieke und Ulrich Voigt. 167 S. 1982. DM 98,-.
- Heft 71 **Das Sachvermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Görzig. 101 S. 1982. DM 38,-.
- Heft 72 **Zur Umstellung des internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel.** Methode zur Umgruppierung vorhandener Datenbestände von der älteren Systematik der UN (SITC, Revised) auf die neue Systematik (SITC, Revision 2). Von Hans Martin Duseberg. 67 S. 1982. DM 36,-.
- Heft 73 **Zeitlicher Zusammenhang zwischen Hochbaugenehmigungen und Auftragseingängen im Konjunkturverlauf.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Jochen A. Hübener. 170 S. 1983. DM 98,-.
- Heft 74 **Wohnungsbau und Wohnungsversorgung in beiden deutschen Staaten – ein Vergleich.** Von Manfred Melzer unter Mitarbeit von Wolfgang Steinbeck. 220 S. 1983. DM 142,-.
- Heft 75 **Budgetpolitik Österreichs im internationalen Vergleich.** Von Manfred Teschner und Dieter Vesper. 115 S. 1983. DM 76,-.
- Heft 76 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West).** Eine Repräsentativerhebung für die Jahre 1977 – 1981. Von Kurt Hornschild. 161 S. 1983. DM 56,-.
- Heft 77 **Die Entwicklung des Personenverkehrs in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.** Von Hartmut Kuhfeld und Joachim Niklas unter Mitarbeit von Jutta Kloas. 156 S. 1983. DM 76,-.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 – Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 880 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1984.
Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck Berlin, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,-, vierteljährlich DM 30,-, Einzelnummer DM 4,-.
Zuzüglich Versandkosten.

– Der nächste Wochenbericht erscheint am 19. Januar 1984 –